

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastr. 7, Fernruf 4423, Teleg: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Beuth, Otte, Düsseldorf, Konfordiastr. 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Nur nicht verzweifeln!

Nur nicht verzweifeln! — Habe den Mut, Jegliches Leid zu ertragen. Kämpfe dich durch, dann wird alles gut, Auch in den dunkelsten Tagen.

Ringe und meist're das Leben mit Wacht, Verne das Weh überwinden, Halte dich aufrecht mit eiserner Zucht, Willst du den Weg sonnenwärts finden!

Max Gotheimer („Ein Buch aus Kindertagen.“)

Zur gegenwärtigen Lage in der Textilindustrie.

Schon in einem in Nr. 29 unserer Textilarbeiterzeitung vom 17. Juli veröffentlichten Artikel mit der Überschrift: „Zur Krise in der Textilindustrie“ wiesen wir auf die Tatsache hin, daß von der derzeitigen Krise nicht nur allein unsere Textilindustrie, sondern wohl die gesamte deutsche Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen würde. Ja, das Wirtschaftsleben in der ganzen Welt hat einen recht empfindlichen Stoß erlitten. Wir erwähnten schon in dem oben angegebenen Artikel kurz die Krisenwirkungen in Belgien, England, Frankreich und Italien. Die Redaktion des „Konfessionär“ (einer führenden Zeitschrift für die Textil- und Bekleidungsindustrie) wurde jüngst von einem amerikanischen Textilfachmann (aus New York) aufgesucht, welcher über die gegenwärtige Geschäftslage in Amerika sich zufolge des „Konfessionär“ in folgender Weise äußerte:

„Das Geschäft liegt auch gegenwärtig in Amerika sehr still. Man hofft nach der Präsidentenwahl, die am 4. November d. J. stattfindet, auf eine Belebung des Marktes. Der republikanische Kandidat hat gute Aussichten durchzukommen, und das würde für das amerikanische Wirtschaftsleben wahrscheinlich sehr vorteilhaft werden. Die Baumwollpreise sind in der letzten Zeit heruntergegangen, während sich die Preise für Baumwollwaren (Fertigfabrikate) leidlich gehalten haben. Die amerikanische Regierung geht mit den Detailisten sehr streng ins Gericht und tritt übermäßigen Preisaufschlägen sehr energisch entgegen. In der letzten Zeit sollen verschiedene Inhaber größerer Einzelgeschäfte verhaftet worden sein.

In der Seidenbranche ist ein sehr bedeutender Rückschlag zu verzeichnen. Die Preise sind bis über die Hälfte gefallen. Unter dieser Baize (wirtschaftlicher Niedergang) haben besonders die jungen Firmen, die gleichfalls in Amerika sehr zahlreich etabliert hatten, gelitten. Es sind verschiedene Fallissements (Bankrotte) eingetreten. Das Publikum hält mit neuen Käufen sehr stark zurück, um die Preise zu drücken. Infolgedessen haben die Detailfirmen große Ausverkäufe in Szene gesetzt, mit 25, 33 1/3 und 50 Prozent Nachlaß. Die von schwach gewordenen Elementen auf den Markt gemorsenen Waren werden von den kaufkräftigeren Detailisten aufgekauft, die in dieser Weise die Konjunktur ausnützen.

Man ist der Ansicht, daß die Baumwollpreise billiger werden, daß aber dieser Rückgang sich nur allmählich vollziehen wird. Im übrigen sind die Preise für Textilien ungefähr doppelt bis dreifach so hoch, wie vor dem Kriege. (Glückliches Amerika! Die Schriftl.)

Die Ausfichten für die deutschen Exporteure können gegenwärtig als nicht allzu günstig bezeichnet werden, weil den deutschen Fabrikanten durch die Besserung der Valuta, die hohen Arbeitslöhne und vor allen Dingen, da sie sich mit zu teuren Rohstoffen im Frühjahr d. J. eingedeckt haben, mit den Weltmarktpreisen nicht konkurrieren können. Von großem Schaden für die deutsche Industrie sei es auch gewesen, daß sie in der Zeit der Konjunktur überspannte Forderungen an die Käufer gestellt habe. Deshalb benutzen jetzt die ausländischen Firmen auch jede Gelegenheit, um sich ihrer früheren Engagements (Verpflichtungen und Verbindlichkeiten) zu erledigen.“

Auch in der belgischen Baumwollindustrie wird nach den neuesten Berichten aus Gent die Krise immer schlimmer. Die wöchentliche Produktion der Spinnereien, die sich auf 650 000 kg beläuft, findet keinen Absatz mehr. Die Stilllegung vieler Spinnereien und Webereien ist daher unausbleiblich. Da das Kilo Garn sich gegenwärtig auf 20 Frs. stellt — vor dem Kriege kostete das Kilo nur 2 Frs. — ist es begreiflich, daß die Banken nicht die Mittel besitzen, zehnmal soviel Darlehensschüsse zu bewilligen.

In Deutschland ist infolge des Steigens der Weltmarktpreise für Baumwolle und Garne, verbunden mit der fortschreitenden Entwertung unserer Währung im vergangenen Jahre es dahin gekommen, daß Rohbaumwolle im Februar den Preis von 105 M. pro Kilogramm gegenüber einem Friedenspreis von 80—90 Pf. erreichte. Nach Angaben des wissenschaftlichen Mitarbeiters der Münchener Handelskammer Dr. Julius Ruebeck im „Konfessionär“ bewegten sich die Preise für im Inland hergestellte Halb- und Fertigfabrikate in einer noch steigenden Kurve nach oben, so daß z. B. Baumwollgarne Nr. 20 auf einen Preis von ca. 160 M. pro Kilogramm kam, gegenüber einem Friedenspreis von 1,50 bis 1,60 M. In der Zeit vom Januar bis März sind die Inlandspreise so in die Höhe gegangen, daß sie in Baumwolle und Seide den Weltmarktpreis vielfach erreicht haben sollen. Die sprunghafte Aufwärtsbewegung und Besserung der Valuta brachte die Umkehr, und damit zugleich die Kaufunlust bzw. Kaufunfähigkeit der Konsumenten, die Krise in unserer Textilindustrie.

Die Besserung unserer Geldwährung im Ausland wird für den Einfluß von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien von der Gesamtheit des deutschen Volkes nach einiger Zeit wohl angenehm empfunden werden. Für unsere Textilindustrie hat der Aufstieg der Valuta aber bewirkt, daß vor allem in Baumwoll- und Seidenstoffen der Weltmarktpreis nicht nur erreicht, sondern vielfach überschritten wurde. Die Folge ist, das Ausland konnte nichts mehr bei uns kaufen. Die Lage wurde dann noch weiter dadurch verschärft, daß wichtige Rohmaterialien auch im Ausland eine rückläufige Bewegung genommen haben und die Preise auch im Ausland sinken. Aber auch dort verhält sich das Publikum jetzt genau wie bei uns in Deutschland, in Erwartung billiger Preise abwarten. Dadurch mehren sich die ohnehin schon unverhältnismäßig großen Lager des Textilgewerbes, dies bewirkt, daß nichts neu bestellt wird. Infolgedessen und wegen des Ausbleibens von Auslandsaufträgen wird die Arbeitslosigkeit mit jedem Tage noch größer.

Unseres Erachtens ist eine Milderung dieser Absatzkrise am besten und leichtesten noch durch ein Anpassen der Preise an die Marktlage zu erreichen. Das sogenannte Auf-Breishalten bestimmter interessierter Großhändlerkreise scheint uns in dieser schweren Krisenzeit nicht nur allein recht kurzfristig, sondern auch unverantwortlich zu sein, weil dadurch nur eine noch immer weitere Verschärfung der Geschäftslage und der Krisenwirkungen herbeigeführt wird. Der von uns oben zitierte amerikanische Textilfachmann hat unzweifelhaft die Dinge richtig beurteilt, wenn er erklärt, daß es von großem Schaden für die deutsche Industrie gewesen sei, daß sie in der Zeit der Hochkonjunktur überspannte Forderungen an die Käufer gestellt habe. Das gilt selbstverständlich nicht nur allein von den Kreisen der Industrie, sondern ebensosehr von den Detailistenkreisen, dem Großhandel. Während und nach dem Kriege sind vom Handel und von der Industrie so hohe Gewinne erzielt worden, daß man jetzt sehr wohl in der Lage ist, in sehr vielen Textilbetrieben weiter arbeiten zu lassen und andererseits auch die Waren zu angemessenen Preisen abzusetzen. Wo man den Lohnforderungen der Arbeiter nachgegeben hat, ist man in sehr vielen Fällen mit der Produktions- und somit auch mit den Warenpreisen höher hinaufgegangen, wie das durch die Lohn erhöhungen bedingt war. Unternehmer und Händler haben den vielfachen Profit sich in ihre eigenen Taschen gesteckt, und der Konsum hatte nur die geforderten Preise zu zahlen. Das mußte sich einmal bitter rächen, wie auch von guten Kennern unseres Wirtschaftslebens schon lange vor der Krise warnend auf die Folgen dieser Preistreiber hingewiesen wurde.

In der Dichtung eines Preisabbaues liegen auch wohl die Bestrebungen der deutschen Reichsregierung, die darauf abzielen, den kaufwilligen Verbraucher mit dem arbeitswilligen Erzeuger zwecks Abschluß von Warenverkäufen zusammenzubringen. Nach Zeitungsmeldungen fand am 15. Juli auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums bei der Reichsstelle für Textilwirtschaft im größeren Kreise eine Besprechung statt über die allgemeine und in einzelnen Teilen des Reichs sich bedrohlich entwickelnde Absatzkrise in der Textilindustrie, die im Hinblick auf die bereits eingetretenen und weiter bevorstehenden Betriebs-einstellungen und die dadurch vermehrte Arbeitslosigkeit der Textilarbeiterchaft tunlichst bekämpft werden muß. Die Besprechung sollte sich nach dem zugrundeliegenden Plan nur mit einem der verschiedenen Mittel beschäftigen, nämlich die Frage klären, ob und in welchem Umfang es möglich sei, der notleidenden Industrie Aufträge zu-

zuführen. Diese Aufträge sollen nicht nur von denjenigen behördlichen Stellen erteilt werden, denen die Beschaffung von Textilwaren für ihren Geschäftsbereich obliegt, sondern es sollen auch die großen Organisationen der Verbraucher, wie Konsumvereine, Kommunalarbeitsverbände, Gewerkschaftsverbände, auch Handelsvereinigungen und ähnliche auf die volkswirtschaftlich wichtige Tatsache einer Auftragsvergebung im gegenwärtigen Zeitpunkt hingewiesen werden.

Wenn es auch wohl als ausgeschlossen erscheint, daß durch die hier angedeuteten Maßnahmen die augenblickliche recht umfangreiche Arbeitslosigkeit vollständig beseitigt werden kann, so ist doch zu erwarten, daß einmal die Krisenwirkungen dadurch wesentlich herabgemindert werden können und ferner im Interesse des weniger kaufkräftigen Volksteiles ein recht fühlbarer Preisabbau für die zum Leben notwendigen Bekleidungsgegenstände erfolgt.

Unsere führenden Kollegen in den Ortsgruppen und Kartellen möchten wir aber auch empfehlen, überall hinsichtlich einer Verbilligungsaktion baldmöglichst die Initiative zu ergreifen. Dort, wo dieses bereits geschehen ist, war vielfach nicht nur allein eine Weiterbeschäftigung von schon gekündigten Arbeitern möglich, sondern die Preise für die Waren senkten sich so, daß auch die notleidende Bevölkerung den allerdringlichsten Bedarf an Textilzeugnissen decken konnte. So hat z. B. ein von der Preisprüfstelle Crefeld eingesetzter, und aus Vertretern der Textilwarenhändler, Gewerkschaften und Angestelltenverbände bestehender Ausschuss für Textilwarenpreise einstimmig beschlossen, daß die zum Hauptbedarf der minderbemittelten Kreise notwendigen Bekleidungsstücke, sowie andere Textilwaren, insbesondere Nessel, Biber, Baumwolle und ähnliche Stoffe zu herabgesetzten Preisen verkauft werden. Die herabgesetzten Preise sind teilweise bis zur Hälfte niedriger als die vor zwei Monaten üblichen Tagespreise. Die Durchführung dieser Maßnahmen wird von einem aus Verbrauchern gebildeten Unterausschuss überwacht. Aktionen wie diese, auf der ganzen Linie durchgeführt, würden erheblich zur Linderung der Arbeitslosennot beitragen und zur Warenverbilligung führen.

Forderungen zur Milderung der Krisenwirkungen in der Textilindustrie.

Zu dieser Frage nahmen am 18. Juli im Gesellenhause in Münster i. Westf. rund 100 Vertreter unseres Verbandes namens 20 000 im Bezirk Münster organisierter Textilarbeiter Stellung. Als Vertreter der Regierung waren die Herren Geh. Reg.-Rat Pirsch und Gewerbe- rat Jakob anwesend. Auch Vertreter der Presse waren erschienen.

Bezirksleiter Hecke-Docholt, der die Veranstaltung eröffnete und leitete, erteilte nach einigen einleitenden Ausführungen der Begrüßung und einem Hinweis auf die Wichtigkeit der Tagung dem Zentralvorstehenden Kollegen Otte-Düsseldorf das Wort. Der Referent sprach in längeren eingehenden Ausführungen über die Entwicklung und Ursache der Krise, die Wirkung derselben und die Linderung der Not der erwerbslosen Textilarbeiter. Die ganze Fülle der Fragen des Vortrages und der sich anschließenden sehr lebhaften Aussprache, an der sich auch Herr Geh.-Rat Pirsch beteiligte und die Grüße des Herrn Regierungspräsidenten der Versammlung übermittelte, wurde in nachfolgender Entschlieung, welche einstimmig angenommen wurde, niedergelegt:

Entschlieung!

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise trifft unbestritten ganz besonders hart die Textilindustrie. Während die Textilindustrie zur Zeit des Krieges von der Rohstoffzufuhr abgeschnitten war und die Betriebe zum größten Teil stilllagen, wurde nach Aufhebung der Blockade die Beschäftigung besser. Der Warenbedarf und auch die Möglichkeit der Erzielung hoher Exportgewinne, bei schlechtem Valutastand, haben, bis vor einigen Monaten, eine für Industrie und Handel nicht ungünstige Lage geschaffen. Dann setzte der Rückschlag ein.

Am allerhärtesten und schlimmsten werden die Textilarbeiter von den gegenwärtigen Zuständen getroffen. Schon während des Krieges mit Arbeitslosigkeit und großen Entbehrungen kämpfend, haben sich die Verhältnisse bei tieferer Teuerung jetzt so gestaltet, daß der weitaus größte Teil der Textilarbeiter entweder ganz oder teilweise arbeitslos ist. Soweit Unterstützungen überhaupt gezahlt werden, sind sie so gering, daß sie kaum ein Drittel desjenigen betragen, was als Existenzminimum

von maßgebenden statistischen Aemtern bezeichnet worden ist. Die Not ist riesengroß, und die Erbitterung der in ihrer Lebensexistenz bedrohten Textilarbeiter wächst; — wächst angesichts der Tatsache, daß noch erhebliche Teile der Bevölkerung müßelosen Gewinns auf Kosten der Gesamtheit einheimen und sich in ärgerniserregender Weise einem übermäßigen Lebensgenusse hingeben kann. Schnelle und durchgreifende Hilfe tut not und ist ein Gebot der sich aus der Volksgemeinschaft ergebenden sozialen Pflicht.

Mit allem Nachdruck weist die christlich organisierte Textilarbeiterschaft, in vollem Bewußtsein auch ihrer Pflicht der Gesamtheit gegenüber hin, daß ein Lohnabbau, wie er von bestimmter Seite immer wieder gefordert wird, die gegenwärtige Krise nicht beheben kann, abgesehen davon, daß im allgemeinen die Löhne in der Textilindustrie, auch bei voller Beschäftigung, nachgewiesenermaßen nicht mal das Existenzminimum decken.

Zur Wiederherstellung der gesunkenen Kaufkraft breiter Massen zur Hebung der gegenwärtigen schlechten Wirtschaftslage und der Notlage der Erwerbslosen überhaupt, halten wir die Verwirklichung folgender Forderungen für dringend notwendig:

1. Allgemeine.

- a) Entschiedener Abbau der viel zu hohen Inlandspreise, besonders für wichtige und unentbehrliche Lebensmittel.
- b) Beseitigung der teilweise Ueberorganisation und Ueberbürokratisierung in der Zwangswirtschaft, insbesondere soweit dieselbe verteuern wirkt.
- c) Ausschaltung aller unnütz verteuern und entbehrlichen Zwischenglieder zwischen Produzenten und Konsumenten. Direkter Verkehr zwischen landwirtschaftlichen und Verbrauchergemeinschaften.

2. Zur Hebung der Industrie.

- a) Erleichterung der Ausfuhr durch Umgestaltung der Außenhandelsstellen unter Anpassung an die heutigen Bedürfnisse; desgleichen
- b) Anpassung der Exportabgaben an die jetzigen schwierigen Verhältnisse;
- c) Schaffung einer Textilwarenreserve während der Krisenzeit unter Bereitstellung finanzieller Mittel des Reiches.

3. Zur Linderung der Notlage der Arbeitslosen im Besonderen.

- a) Sofortige Inangriffnahme und Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Staaten, Provinzen und Kreise können noch produktive und wichtige Arbeitsmöglichkeiten schaffen. (Schaffung von Verkehrsanlagen, Verkehrswegen, sonstigen Anlagen, Inangriffnahme von Kultivierungen usw.) Verhinderung vorzeitiger Schließung von Betrieben, Entlassungen (nach mit den Betriebsräten zu vereinbarenden Richtlinien) erst nach Einschränkung der Arbeitszeit, entsprechend Paragraph 12 der Verordnung vom 12. Febr. 1920.
- b) Erhebliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungen. Erleichterung in der Aufrechnung derselben; insbesondere auch bessere Fürsorge für die teilweise Erwerbslosen.
- c) Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung des Winterbedarfs, insbesondere an Koststoffen und Brennmaterial.

Die heute versammelten Vertreter der christlich organisierten Textilarbeiter des Münsterlandes betonen nochmals die dringende Notwendigkeit entschlossener, schneller und durchgreifender Hilfe von Seiten des Reiches, des Staates, der Provinzen, Kreise, Städte und Gemeinden. Sie betrauen ihre Organisationsleitung damit, die in dieser Beziehung weiterhin notwendigen Vorstellungen unverzüglich zu unternehmen.

Die Geschäftsführung der Betriebsräte.

Wenn auch das Betriebsrätegesetz noch manche Mängel aufweist und unseren berechtigten Anforderungen nicht genügt, so darf bei dem Bestreben seiner besseren Ausgestaltung nicht vergessen werden, die durch das Gesetz

der Arbeitnehmerschaft gegebenen Rechte und Vorteile voll auszunutzen. Dazu ist nicht nur notwendig die Vertrautheit mit den mehr als hundert Paragraphen des Gesetzes und den Ausführungsbestimmungen, sondern es kommt für die Betriebsräte auch vor allem auf die praktische Anwendung der Gesetzesbestimmungen an.

Es gilt Ordnung und Regel in die Geschäftsführung der Betriebsräte zu bringen. Jeder Betriebsrat, Arbeiterrot und Angestelltenrat soll sich eine Geschäftsordnung geben, nach welcher er seine Tätigkeit ausübt.

Die Betriebsräte-Zentrale uneres christlichen Textilarbeiterverbandes hat einen Entwurf für eine Geschäftsordnung der Betriebsräte ausgearbeitet, der unseren Betriebsratsmitgliedern gute Dienste leisten wird. Dieser Geschäftsordnungsentwurf ist von den einzelnen Sekretariaten uneres Verbandes zu beziehen.

Der Betriebsrat beschließt selbständig über den Inhalt der Geschäftsordnung. Zustimmung des Arbeitgebers ist nur in einzelnen Punkten erforderlich, wenn z. B. die Sitzungen und Sprechstunden regelmäßig während der Arbeitszeit abgehalten werden sollen.

Zu einer geregelten, guten Geschäftsführung der Betriebsräte gehört fernerhin die Bereitstellung der erforderlichen Räume und Geschäftsbedürfnisse durch den Arbeitgeber. Den Betriebsratsmitgliedern müssen ferner alle Einbußen an Lohn oder Gehalt ersetzt werden, die ihnen entstehen durch Wahrnehmung ihres Amtes. Darüber ist im Gesetz folgendes bestimmt:

§ 35. Die Mitglieder der Betriebsräte und ihre Stellvertreter verwalten ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Notwendige Besamnisse von Arbeitszeit darf eine Minderung der Entlohnung oder Gehaltszahlung nicht zur Folge haben. Vertragsbestimmungen, die dieser Vorschrift zuwiderlaufen, sind nichtig.

§ 36. Die durch die Geschäftsführung entstehenden notwendigen Kosten einschl. etwaige Aufwandsentschädigungen trägt der Arbeitgeber, sofern nicht durch Tarifvertrag etwas anderes bestimmt ist.

Für die Sitzungen, die Sprechstunden und die laufende Geschäftsführung hat er die nach Umfang und Beschaffenheit des Betriebes und der gesetzlichen Aufgaben des Betriebsrates erforderlichen Räume und Geschäftsbedürfnisse zur Verfügung zu stellen.

Der Betriebsrat kann die ihm durch das Gesetz gestellten Aufgaben nicht erfüllen, wenn ihm nicht zur Verfügung gestellt werden: ein geeigneter Raum zur Abhaltung von Sitzungen und Sprechstunden, Schreibmaterial, Telephonbenutzung zur Anrufung der Schlichtungsstellen, Behörden und Gewerkschaften, die notwendigen Gesetzesbücher, Verordnungen und Kommentare zu denselben, soweit dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben notwendig ist.

Wir empfehlen den Betriebsräten zunächst als unbedingt notwendig die Anschaffung folgender Schriften:

- 1. Das Betriebsräte-Gesetz, vom 4. 2. 1920 nebst Wahlordnung und Verordnungen verwandten Inhaltes, erläutert von Dr. Joh. Feig und Dr. Fr. Szyler. Verlag von Franz Bahlen, Berlin W. 9, Simeistr. 16.
- 2. Kommentar zum Betriebsrätegesetz, von Dr. Georg Hlatow, Vorwärts-Verlag, Berlin.
- 3. Verordnungen über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten nebst Verordnungen verwandten Inhaltes und Ausführungsbestimmungen, von Joh. Wiesberts und Dr. Fr. Szyler, im gleichen Verlag wie Nr. 1 erschienen.
- 4. Der gewerbliche Arbeitsvertrag nach deutschem Recht, von Preuner, Verlag von Beck, München.
- 5. Was der Arbeiter, der Geselle, der Werkmeister, der Handlungsgehilfe vom Bürgerlichen Gesetzbuch und den einschlägigen Vorschriften der Gewerbeordnung, des Handelsgesetzbuches und der Landesgesetze

wissen muß, von Fr. Brandis, Braunschweig, Verlag des Verfassers.

- 6. Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Guttentag'sche Sammlung deutscher Reichsgesetze. Verlagsbuchhandlung J. Guttentag, Berlin.
- 7. Reichsversicherungsordnung, im gleichen Verlag erschienen.
- 8. Der Arbeiter schub. Der Schutz der gewerblichen Arbeiter Deutschlands, soweit er Aufgabe der Gewerbeinspektionen ist, von R. Poellath, Verlag von Moritz, Stuttgart.

Alle vorstehend aufgeführten Bücher sind zu beziehen vom Christl. Gewerkschafts-Verlag, Pöhlstr. 9, Benloewerwall 9.

Außer diesen notwendigen Gesetzesbüchern muß für jeden Betriebsrat das „Reichsgesetzblatt“ bei der Post abonniert werden. In diesem werden alle neuen Gesetze und Verordnungen veröffentlicht.

Ferner ist dringend zu empfehlen die Kartenauskunft des Arbeitsrechts, welche von Dr. Kallee, Stuttgart, herausgegeben wird und im Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr in Stuttgart erscheint.

In dieser Kartenauskunft werden alle wichtigen, neuen Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts behandelt und erläutert. In leicht übersichtlicher Anordnung leistet dieselbe besonders als Nachschlagewerk vorzügliche Dienste.

Es ist außerdem für jeden Betriebsrat die Anlegung einer kleinen Registratur zur Sammlung der wichtigen Entscheidungen über Streitfragen, welche sich aus der Anwendung des Betriebsrätegesetzes und verwandter Gesetze und Verordnungen ergeben, dringend anzuraten.

Wie schon bemerkt, hat der Arbeitgeber die Mittel für die Beschaffung der notwendigen Gesetzesbücher zur Verfügung zu stellen. Jeder weitstichtige Arbeitgeber wird darüber hinaus auch noch zur Schulung und Weiterbildung der Betriebsratsmitglieder Auslagen machen, weil nur ein gut geschulter Betriebsrat seine Aufgaben auch hinsichtlich Erreichung der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit des Betriebes erfüllen kann.

Aus letzterem Grunde ist der Bezug geeigneter fachtechnischer Zeitschriften sowie die öftere Besichtigung der Fachschulen zu empfehlen, damit die Betriebsratsmitglieder stets mit den technischen Neuerungen und den neuen Arbeitsweisen in der Textilindustrie vertraut werden.

Wir raten unseren Betriebsratsmitgliedern dringend an, sofort für die Aufstellung einer guten Geschäftsordnung und die Beschaffung der notwendigen Geschäftsbedürfnisse zu sorgen, da ohne solche eine gute Geschäftsführung kaum möglich ist.

Wo ein Arbeitgeber nicht bereit ist, die für eine geordnete Geschäftsführung des Betriebsrates notwendigen Räume und Geschäftsbedürfnisse zur Verfügung zu stellen, muß sich der Betriebsrat gemäß § 93 Ziff. 4 des B. R. G. beschwerdebefähigen an den Bezirkswirtschaftsrat und, solange dieser noch nicht gebildet ist, an die zuständige Gewerbeinspektion wenden, welche die Beschwerden prüft und entscheidet.

H. F.

Wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsministers.

Infolge der wirtschaftlichen Krise macht sich in vielen Betrieben eine Streckung, Kürzung der Arbeitszeit notwendig. Durch diese Kürzung der Arbeitszeit entstehen oft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Meinungsverschiedenheiten darüber, wie bei Kürzungen zu verfahren ist; d. h. ob die verkürzte Arbeitszeit auch für die Kürzungszeit gilt, oder ob bei verkürzter Arbeitszeit für die Kürzungszeit der volle Lohn zu zahlen ist. Der Reichsarbeitsminister hat nun unterm 20. Juni 1920 folgende Entscheidung getroffen:

Mittel zur Milderung der wirtschaftlichen Störungen.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Die heutige deutsche Wirtschaftslage weist merkwürdige Eigenheiten auf. Während der größte Warenmangel vorhanden ist, hat der Warenabbau zu den wichtigsten Störungen geführt. Wären von diesen Störungen nur solche Geschäftsleute betroffen, die falsch spekuliert haben, dann wäre es überflüssig, sich eingehender damit zu befassen. Denn der Spekulant weiß (oder sollte es wissen), daß er ebenso gewinnen wie verlieren kann, und wenn er plötzlich verliert, was er zu gewinnen hoffte, so mag er das mit sich selber aussöhnen. Eine öffentliche Angelegenheit aber ist es, wenn sich Inzagener über Nacht die Geschäftslage ändert; wenn viele Geschäftsleute in den abwärts gehenden Strudel mit hineingerissen und viele Arbeitnehmer arbeitslos werden. Denn das wird jedem einleuchten, daß die wachsende Arbeitslosigkeit kein geeignetes Mittel ist, die deutsche Volkswirtschaft zu heben und zu festigen. Darum aber geht es: Wie ist der immer bedrohlicher werdenden Abschreckung und der damit verbundenen wachsenden Arbeitslosigkeit zu beggauen?

Wenn man nach Mitteln zur Linderung der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlagen suchen will, muß man sich zuerst darüber klar zu werden suchen, wie sie entstanden sind. Die Hauptursachen sind: der lange Krieg, der bedrückende und zwingende Friedensvertrag. Den Krieg können wir natürlich nicht umgekehrt machen. An der Bestimmungen des Friedensvertrages aber können die bedrückendsten Befehle abgeändert oder gelockert werden, wenn die richtige Einsicht bei den maßgebenden Siegerstaaten einfließen würde. Unablässig muß dafür gewirkt werden. Im Februar ist der Umschwung der Wirtschaftslage anfangs März d. J. vor sich gegangen. Am 28. Febr. d. J. kostete ein Dollar in New-York noch 100,40 R. (im Frieden 1,20 R.), am 12. März kostete er 72,90 R., am 14. April 53,90 und am 26. Mai 34,70 R. (das war der

ste Stand der deutschen Mark im ersten halben Jahr 1920). Reginald war die Entwicklung des Preises für das deutsche Geld in der Schweiz und in Holland. Als die deutsche Mark im Preise stieg, gingen die Ausfuhrmöglichkeiten zurück und die Einfuhrmöglichkeiten nahmen zu. Für die Einfuhr von Lebensmitteln wurde die Gelegenheit zum Kaufen dadurch günstiger; aber die Erhöhung der Ausfuhr und die Erleichterung der Einfuhrgüter (außer Rohstoffen und Lebensmitteln) drückten auf den deutschen Warenmarkt. Dieser Druck bewirkt im Großhandel einen starken Preisfall. Auf der einen Seite wäre so der Markt erweitert, auf der andern aber dafür eingengt worden. Was das Ausland weniger aufgenommen hätte, das hätte das Inland mehr aufnehmen können; eben, wenn die Preise so gefallen wären, daß die breiten Volksmassen nun auch wirklich hätten erhebliche Bestände kaufen können. Das war aber nicht der Fall. Die Volksmassen blieben trotz des Preisrückgangs (der im Kleinhandel nicht gleich und dann auch nicht so stark zu veriphen war) kaufunfähig. So war also die Ausfuhr erschwert und der Absatz im Inland hob sich nicht oder er ging sogar noch zurück. Dieses Zusammentreffen der Ausfuhrerschwerung und des Rückgangs des Verbrauchs im Inland hat zu jähem empfindlichen Geschäftsrückgängen in einzelnen Geschäftszweigen geführt.

Als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die restlose Ausnutzung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten sowie „Umbau der Erwerbslosenunterstützung in eine produktive Arbeiterfürsorge“ empfohlen worden. Das wäre also (etwas verständlicher ausgedrückt) eine Verbesserung des Arbeitsnachweises, Hebung und Förderung eines gewissen und volkswirtschaftlich fördernden Unternehmertums-willens und anstelle der Subventionierungen Arbeit, die neue Werte schafft. Hier soll auf die Einzelheiten nicht näher eingegangen werden. Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß auf diese Weise manche Not gelindert werden kann, ohne daß der Staat dadurch allzusehr belastet wird. Die Schwierigkeiten, die bei der Unterbringung der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt sind, dürfen aber keineswegs unterschätzt werden. Man kann die Arbeiter (insbesondere die mit Familien) nicht so

hin und her schieben wie die Figuren auf dem Schachbrett. Das also ist dem wünschenswerten Ausgleich hinderlich. Jedenfalls, solange es einigermaßen ohne Wanderungen geht, muß der Wanderer sich ausgedehnt werden, es sei denn, daß sich innerhalb der Arbeiterjahre selber der Wunsch nach Wanderung geltend macht. Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten ist durch Private und den Staat möglich. Die private ist von den Gewinnansüchtlern abhängig und die sind im Augenblick im allgemeinen nicht gerade günstig. Die Lasten aus dem Friedensvertrag wirken außerordentlich hemmend auf die Entschlußkraft der vorhandenen und der werdenden Unternehmer ein. Aber immerhin, geschehen kann hierin manches zur Besserung. Ihr Sinnen und Trachten (ebenso wie das der leitenden Staatsmänner) muß auf eine geeignete und billige Güterherstellung gerichtet werden. Die Betriebe müssen von innen heraus (durch größere Wirtschaftlichkeit im Einkauf und Verbrauch der Stoffe, durch ein zweckmäßiges Hand-in-Hand-Arbeiten zusammengehöriger Betriebsarten, durch bessere Arbeitsmethoden, leistungsfähigere Maschinen, bessere und billigere Betriebsarten u. ä.) erneuert und ertragreicher gemacht werden. So kann z. B. die Kohle an Ort und Stelle für die mannigfachen Verwendungarten viel zweckmäßiger aufbereitet werden. Kurz, es muß und kann möglich gemacht werden, daß die Waren bei verhältnismäßig angemessenen Löhnen billiger werden. Das ist nur durch eine Erneuerung und Verbesserung der Betriebe möglich, also von innen heraus, nicht von außen her. Das Gerede vom Preisabbau ist in der Weise, wie es vielfach gepflegt wird, ganz sinnlos. Es hilft uns nicht im mindesten, wenn etwa die Preise der Waren in demselben Maße fallen wie die Löhne, Gehälter und Einkommen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß solche mechanische Preisrückgänge uns nicht ein Stück Brot, kein Paar Schuhe, keinen Regen mehr schaffen. Es fördert uns auch nicht, wenn wir in Naturalien entlohnem. Einzig und allem mehr und billigere Erzeugnisse können und vorwärts bringen. Durch äußerliche Maßnahmen (wie Preisabbau, andere Entschuldigungsarten) können wir den Karten, die da in den Dreck geworfen ist, nicht herausbekommen. Aber durch innere Wandlungen

Nimmt der Arbeitgeber wegen Verringerung der Arbeitszeit eine Streckung der Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit vor, so ist er bei vierzehntägiger Kündigungsfrist verpflichtet, den Arbeitern für die ersten 14 Tage der verkürzten Arbeitszeit den vollen Lohn auszusprechen und zwar ohne Rücksicht darauf, ob er die Kündigung ausgesprochen hat oder nicht.

Nimmt der Arbeitgeber sechs Wochen mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten und erläßt er wegen weiterer Verringerung der Arbeit nach vorausgegangener vierzehntägiger Kündigung die Arbeiter mit Ablauf der achten Woche, so ist er bei Entlassung der Arbeiter nicht etwa zur Zahlung des vollen Lohnes für die letzten 14 Tage verpflichtet, sondern lediglich zur Zahlung des Lohnes für die verkürzte Arbeitszeit.

Zur Auftrags-gez. (Unterschrift).

Das Letztere mit den sechs Wochen ist nur als Beispiel zu betrachten und kann auf jede beliebige Arbeitszeit angewandt werden. In der Praxis wäre so zu verfahren, daß da, wo eine 14-tägige Kündigungsfrist ist, und die ist überall, wo nicht ausdrücklich durch Unterschrift oder in einer Arbeitsordnung eine andere Kündigung vereinbart wurde, bei Arbeitsstreckung die ersten 14 Tage voll zu zahlen sind. In den Betrieben, wo die Arbeit gestreckt, aber die 14 Tage nicht voll gezahlt wurden, muß demnach der Arbeitgeber diese Zahlung nach obigem Entscheid des Reichsarbeitsministers nachholen, auch wenn er die Kündigung des Arbeitsverhältnisses nicht ausgesprochen hat. Wenn unter diesen Umständen dann später die Kündigung ausgesprochen wird, so braucht der Arbeitgeber die Kündigung weder voll zu zahlen, noch braucht er den Gehändigten voll arbeiten zu lassen, weil er ja die ersten 14 Tage der verkürzten Arbeitszeit voll gezahlt hat.

Allgemeine Rundschau.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ verdächtigt die Gewerkschaften der Arbeiter. Dieses „Zentralblatt der deutschen Arbeitgeberverbände“ bezeichnet in einer nicht gerade vornehmen Weise in einer Notiz in der Nr. 25 vom 20. Juni 1920 die Arbeiterberufsorganisationen als Versorgungsanstalten der Angestellten. Seit der Revolution wären in den „Streitgewerkschaften“ die Ausgaben für Verwaltung und Agitation gestiegen und betrügen etwa das Sechsfache der reinen den Mitgliedern zugute kommenden Unterstellungen. Darum wären sie nicht mehr, wie sie vorgeben, Organisationen der Selbsthilfe für die Mitglieder. Diese plötzlich so offen zur Schau getragene „Fürsorge“ der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ für die Mitglieder der Gewerkschaften ist wirklich rührend. Wenn nur nicht so allzudeutlich zwischen den Zeilen die Sehnsucht nach den Gelben durchschlägt würde. Und der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ scheint es wirklich darum zu tun zu sein, mit ihrer Verdächtigung sowohl den Gelben als wie auch den Syndikalisten Waffen gegen die Gewerkschaften zu liefern. Das rapide Steigen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften mag aber der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ Beweis genug sein dafür, daß die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen hauptsächlich aus dem Grunde sich den Gewerkschaften anschließen, weil diese mit aller Entschiedenheit sich dafür einsetzen, daß auch die Arbeiterschaft ihren Anteil am Produktionsertrag erhält. Die Verdächtigung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ ist darum nichts weiter als eine Spekulation auf die Dummheit der Arbeitermassen, denn denkende Gewerkschaftler werden bei einem Abwägen der materiellen Vorteile, die ihnen die Gewerkschaft bietet, selbstverständlich nicht nur die Unterstellungen der Gewerkschaft, sondern in erster

Reihe die Lohnerhöhungen und sonstigen Erfolge bei Bewegungen in Rechnung stellen. Wie hoch diese Summen an Lohnerhöhungen sind, die von den Gewerkschaften schon herausgeschlagen wurden, darüber könnten gerade die Kreise um die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ am besten Aufschluß geben. Sie werden sich aber wohlweislich hüten, das zu tun, denn damit würde ja gerade ihre Behauptung, die Gewerkschaften seien Versorgungsanstalten, Lügen gestraft.

Wie zudem gerade die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ allen Grund und alle Veranlassung hätte, recht vorichtig mit Anklagen von der Art wie oben geschildert, um sich zu werfen, möge folgendes Vorwommnis zeigen: Nach Mitteilungen der „Berliner Zeitung“ sollen für das Ausbleiben der Fachminister in der deutschen Reichsregierung nur materialistische Gründe ausschlaggebend gewesen sein. Nachdem Geheimrat Wiedfeld abgelehnt habe, sei mit dem Direktor einer großen Maschinenfabrik verhandelt worden, der aber sein höheres Einkommen von 4 000 Mark verlangt habe. Daran seien die Verhandlungen gescheitert.

Wie sind nicht diejenigen, die — wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, die aus Gründen der Stimmungsmache die Einrichtung der besoldeten verantwortlichen Leiter der Gewerkschaften als Versorgungsanstalt verdächtigt — nun den Spieß umdrehen und eine solche Bezahlung als wirkliche Versorgung hinstellen, sondern wir halten dafür, daß jeder entsprechend seiner Leistung auch honoriert werden muß. Sollte der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ aber wirklich noch unbekannt sein, daß sehr viele Gewerkschaftsangehörige hinsichtlich ihres Einkommens nicht besser gestellt sind wie ihre noch im gewerblichen Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen? Aber auch nicht ein einziger unter den vielen Angestellten der Gewerkschaften kann sich, was das Einkommen anbetrifft, mit dem fraglichen Direktor messen. Nach alledem hat man den wirklichen Grund für das unfaire Vorgehen der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ nur darin zu erblicken, daß es gerade die Gewerkschaftsangehörigen sind, die so manchen Freunden der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ mitunter sehr gründlich und sachkundig in ihre Profitpolitik hineinleuchten. Darum auch diese kleinliche Politik der Nadelstiche.

Früher: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen!
Heute: Kleiner Umsatz — großer Nutzen!

Daß der deutsche Handel und die deutsche Industrie in der letzten Zeit durchaus auf den Grundfaß eingeschoren waren, aus einem verhältnismäßig geringen Mengenumsatz verhältnismäßig hohe Gewinne zu erzielen, wird in einem Artikel über „Produzentenpolitik und Produktionspolitik“ im „Berliner Tageblatt“ von Dr. Felix Pinner festgestellt. Danach sind auf vielen Gebieten die Preise im Verhältnis zu den Selbstkosten der Produktion ganz gewaltig hinaufgesetzt worden. Am bemerkenswertesten aber ist der Brief eines Industriellen an das „Berliner Tageblatt“, den Pinner im Auszug wiedergibt. In diesem Briefe heißt es:

Der Verdienstfuß muß auf ein normales Maß zurückgebracht werden, gegen die die der Kriegsgewinne verblieben. Niemand verkauft heute noch zu seinem Selbstkostenpreis plus 10 bis 20 Prozent Nutzen, sondern jeder nimmt oder nahm den Tagespreis oder den Verbandspreis, und wenn irgend möglich noch wesentlich mehr. Charakteristisch ist meine eigene Geschichte. Im Herbst 1918 begann ich meinen Handel mit elektrischen Artikeln. Nach einigen Monaten errichtete ich eine elektrotechnische Fabrik mit 10 bis 12 Arbeiterinnen und kaufte wieder etwas später eine weitere kleine Fabrik zur Ergänzung. Mein Kapital betrug anfangs 50 000 Mark. Nach und nach nahm ich etwa 1 Million fremden Kapitals auf. Mein Umsatz in den Monaten

März und April betrug 1 bis 1,5 Millionen Mark, der Reingewinn in beiden Monaten je 1/2 Million Mark. Ist das volkswirtschaftlich gesund? Dabei habe ich die Verbandspreise strikte innegehalten, obwohl meine Konkurrenz teilweise viel teurer verkaufte. Werden nun diejenigen Händler ausgeschaltet, die gar kein Lager oder höchstens ein solches beim Spediteur haben, und werden die Verdienstaoten in allen Stufen des Produktionsprozesses um 10 bis 20 Prozent verbilligt, so wird manches Produkt im ganzen um vielleicht zirka 50 Prozent billiger.“

Gewinne müssen selbstverständlich auch Industrie und Handel erzielen, aber nur solche, die dem Allgemeininteresse nicht schädlich sind. Die aber während und nach dem Kriege eingestreckten Gewinne sind vielfach in des Wortes wärem Sinne Wuchergewinne und darum ist die Forderung auf einen wesentlichen Preisabbau mehr als wie berechtigt. Im vorliegenden Falle wird von einem Industriellen auch einmal unumwunden zugegeben, daß die Preissteigerung wichtiger Bedarfsgegenstände nicht darauf zurückzuführen ist, daß die Löhne der Arbeiter angesichts der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung aufgebessert werden mußten, sondern hauptsächlich infolge der geradezu unverantwortlichen und gewissenlosen Profitgier weiter Industriellen- und Handelskreise. Die Frage des Industriellen, ob eine solche Gewinnssucht volkswirtschaftlich gesund sei, muß darum dahin beantwortet werden, daß sie in Wirklichkeit nichts anderes ist als wie Wucherei und Volksausbeutung und somit als gemeines Verbrechen am Volksganzen von Rechts wegen ganz empfindlich durch Vermögensbeschlagnahme bestraft zu werden verdient.

Eine beachtenswerte Entschließung zur Wohnungsfrage

wurde am Montag, den 28. Juni, nach einem ausführlichen Vortrag des Kollegen Lange aus Köln in einer Versammlung des Düsseldorf christlichen Gewerkschaftskartells angenommen. Da die Entschließung in allen Teilen wirklich gangbare Wege zur Lösung der so brennend gewordenen Frage der Wohnungsnot zeigt, können wir nur unsern Mitgliedern in den Kartelleitungen empfehlen, dort, wo dieses bisheran noch nicht geschehen ist, recht bald die Wohnungsfrage als Beratungsgegenstand einer Versammlung vorzusetzen. Die nachfolgende Entschließung dürfte ihnen dabei recht gute Dienste leisten:

„Die christlichen Gewerkschaften Düsseldorf fordern außer den notwendigen Maßnahmen zur Bänderung der bestehenden Wohnungsnot: 1. die wirksame Verhinderung jeder weiteren Bodenverteuerung, 2. Die Kommunalisierung des Baugeländes, 3. Getrennte Besteuerung von Boden und Bau durch Differenzierung der Hypotheken in Tilgungshypotheken und einfache Bodenschulden, 4. Die vorzugsweise Anwendung des Flachbaues bei Stadt- und Gemeindefortentwicklungen, 5. Die Sozialisierung des Hypothekentredits durch Einrichtung einer mit dem Beleihungsmontopol auszustattenden Reichshypothekenbank, 6. Planmäßige Bodenentwässerung durch grundsätzliche Alleinberechtigung der un kündbaren Tilgungshypothek, 7. Die Verwirklichung der Baukosten nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist mit allen Kräften anzustreben. Sofort notwendig sind die Maßnahmen zum Abbau der Baustoffpreise, dem die Herabsetzung der Kohlenpreise vorangehen muß. 8. Die Selbsthilfe der Arbeiter als Mittel zur Gesundung des Bau- und Wohnungswezens muß in größtmöglichem Umfang angewandt werden. Die Schaffung von Bau-Produktiv-Genossenschaften überall dort, wo die Voraussetzungen dazu gegeben sind, verdient aus Gründen des Allgemeinwohls weitestgehende Förderung. Von den öffentlichen Körperschaften erwarten die Versammelten, daß sie die dahingehenden Bestrebungen der Arbeiter tatkräftig unterstützen.“

der Betriebe, der geistigen und leiblichen Kräfte wird mehr geschaffen, mehr hergestellt werden können. Solange das nicht geschieht, werden alle Lohnerhöhungen, alle kleinen Mittel und Mittelchen zur Hebung der Erträge im Grunde verunzogen. Wie es im einzelnen möglich ist, vorwärts zu kommen, das müssen sich die Fachleute gründlich und ernstlich überlegen. Ganz allgemein soll hier zur Anregung darauf hingewiesen werden, daß die Frage von einer ganz anderen Seite her, wie dies bisher üblich war, angegriffen werden muß. Es darf nicht gesagt werden, die Herstellungskosten steigen, also können die Waren nicht billiger werden, sondern sie werden sogar steigen. Unternehmer und Unternehmen müssen entstehen, die sich sozusagen auf den Boden der Tatsachen stellen und sich sagen, Du stellst ein paar Stiefel zu 100 oder 150 M. her, einen Anzug zu 400—600 M. anstatt zu 200 M., Wäsche zu 50—70 M. anstatt zu 200 M. das Stück. Du sinnst und bemüht dich solange, bis du eine Lösung gefunden hast; solange, bis du Waren herausbringst, die der derzeitigen Kaufkraft der breiten Volksmassen entsprechen. Die genannten Zahlen sollen nur Beispiele, keine Maßstäbe sein. Wir können uns in Deutschland nicht den Luxus leisten, daß wir Waren herstellen, die weder das Ausland noch das Inland kaufen oder kaufen kann. Kaufkraft und Herstellungskosten müssen in ein zweckmäßiges Verhältnis gebracht werden, sonst geht es immer mehr bergab. Es bleibt uns eben, so hart es uns auch ankommen mag, beim Kund nichts anderes übrig, als zu sehen, wie wir die auseinanderklaffenden Gegensätze zwischen Herstellungskosten und der Verbrauchkraft in Uebereinstimmung bringen. Nur die Hebung der Kaufkraft oder der Verbrauchskraft führt uns so nach und nach aus der wirtschaftlichen Not unserer Zeit heraus.

Der viel angewandte Begriff: Preisabbau führt irre. Son außen her ist der Wirtschaftsknot nicht heizukommen. Das ist, daß die Herabsetzung der Preise nicht das Uebel an der Wurzel trifft. Nehmen wir einmal an, die Warenbesitzer fangen an, weit unter den Einkaufskosten zu verkaufen. Das würde vielen Verbrauchern aus großer Not helfen. Viele Kaufleute würden vielleicht einen einmaligen größeren Verlust tragen,

wenn sie die Ueberzeugung hätten, später auch wesentlich billiger einkaufen zu können. Hier ist der Sitz des Übels. Das können sie heute unter den hohen Herstellungskosten nicht. Sollen die Waren billiger werden, dann müssen die Herstellungskosten sinken. Also nicht Preisabbau, sondern Verbilligung der Güterherstellung. Sie wird uns helfen können. Wie aber kann die Güterherstellung verbilligt werden?

Vorzugsweise werden darauf erwidert: durch Herabsetzung des Unternehmergewinns, des Händlergewinns, des Arbeitelohns. Jeder soll mit weniger Gewinn oder Lohn zufrieden sein, dann werden die Waren schon billiger werden. Geschähe dies, dann würde ein Teil unseres Volkes für eine gewisse Zeit sehr geholfen werden. Der andere aber würde sehr dabei verlieren. Gewinnen würden zunächst die reinen Verbraucher (Rentner, Beamte, Geldbesitzer und dergl. Leute), verlieren würden die Güterhersteller (Unternehmer, Angestellte und Arbeiter der entsprechenden Werke). Das wäre also keine Lösung. Denn die einen würden gewinnen, was die anderen verlieren. Wenn dies sich auch nicht so buchstäblich vollziehen würde, sicher ist, daß damit nicht viel gebessert wäre. Was dabei heraus käme, wären allenfalls nur Vermögens- und Einkommensverschiebungen. Diese mögen in gewissen Fällen in der Ordnung sein, der Gesamtheit nützen, aber im großen ganzen werden damit weder die Geschäftsstellungen, noch wird die Arbeitslosigkeit damit behoben. Die, die heute gewinnen, würden später durch die allgemeine schlechte oder sich verschlechternde Wirtschaftslage doch wieder in Mitleidenschaft gezogen. Jedenfalls: solche künstliche Ein- und Verschiebungen verbessern unsere Wirtschaftslage nicht; im Gegenteil, dadurch wächst nur die Unsicherheit im Wirtschaftsleben.

Von welcher Seite man auch diese Dinge betrachten mag, man muß immer zum Ursprung des Übels zurückkehren. Die Herstellungskosten sind zu hoch, sie müssen verbilligt werden. Wie schon angedeutet wurde, muß von der Verbrauchkraft oder der Kaufkraft ausgegangen werden. Auf sie muß sich die Güterherstellung und der Handel einstellen. Sie ist im Augenblick gering, sie kann aber durch eine billigeren

Güterherstellung gehoben werden. Noch einmal: Nicht durch den sogenannten Preisabbau, sondern durch die Verbesserung der Technik, der Arbeitsweisen, durch wirtschaftlichen Einkauf der Stoffe und durch wirtschaftlichere Ausnutzung der Stoffe. Das ist die Heilung der Wirtschaftsschäden, soweit sie unser geplagtes Land selber bewirken kann, von innen heraus. Das nennt man das Uebel an der Wurzel betämpfen. Dies hilft, und nicht das Herumbottern an den äußeren Erscheinungen des Übels. Das Uebel aller Übel aber: die immer noch bestehende Ernährungsnot muß wirksamer als bisher auszurotten versucht werden. Das geschieht aber auch nicht dadurch, indem man die Preise für Lebensmittel heruntersetzt, sondern durch das bereits empfohlene Mittel: indem man mehr Getreide, mehr Vieh heranzieht. Es ist da richtiger, Dünge mittel und Futtermittel anstatt Getreide und Fleisch aus dem Ausland einzuführen. Wir müssen die Rohstoffe selber berebeln, also die Arbeit verrichten, die sonst das Ausland leistet, die wir aber selber ausführen könnten. So kommen wir viel billiger weg und so bekommen wir Arbeit ins Land herein, so stärken wir unsere Volkswirtschaft und damit die allgemeine Kaufkraft. Bei dem gesunkenen Geldwert kommt Deutschland viel billiger weg, selbst teure Dünge mittel vom Ausland zu beziehen und sie im eigenen Boden auszuwerten, als das etwa zehn mal teurere Getreide vom Ausland einzuführen.

Kurz zusammengefaßt: Der Preisabbau hilft nicht aus der Wirtschaftsknot (weder der Preisabbau der Waren, noch der der Löhne und Gehälter), sondern die hier geforderte Verbilligung der Güterherstellung. Sie muß mit den in diesem Aufsatz angedeuteten Mittel angefaßt und durchgeführt werden. Damit wird der wirksamste Schutz gegen Wirtschaftsknot und gegen Arbeitslosigkeit geschaffen. Deutschland muß alles daran setzen mehr und mehr wertvollere Güter als bisher herzustellen und sie im Preise so zu stellen, daß die Ausfuhr ermöglicht wird und daß der Absatz im Inland wächst.

F. A. B.

Aus unserer Industrie.

Die Ausfuhr von Tuchen aus England.

„Board of Trade“ teilt mit, daß Deutschland schon in den ersten vier Monaten des Jahres 1920 rund 1 000 000 Meter Tuche aus England bezogen hat, während gleichzeitig in der deutschen Tuch- und Herren-Kostümberei wie in den Spinnereien usw. Tausende von Maschinen und Arbeitern noch brach liegen. Der Preis dieser Tuche aus England stellte sich auf etwa 200 M. je Meter.

Aus unserer Bewegung.

Konferenz der Vorstands- und Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute in Göttingen.

Am Sonntag, den 11. Juli, fand in Göttingen eine Konferenz der Vorstands- und Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute des Filzgaues statt. Kollege Fischer begrüßte die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen und gab seiner Freude Ausdruck, den zweiten Vorsitzenden des Verbandes, Kollegen Fahrnbach aus Düsseldorf, der Konferenz vorstellen zu können, worauf dieser zunächst die Grüße des Vorstandes übermittelte und dann über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft referierte. In breitem Rahmen führte er aus, wie die christlichen Gewerkschaften entstanden sind und ging auch des näheren auf die Schwäche ein, welche von unseren Gegnerorganisationen gegen uns ins Feld geführt werden, um unsere Bewegung bei der Arbeiterchaft in Mißkredit zu bringen. Die Darlegungen rechtfertigten den absolut neutralen Charakter der christlichen Gewerkschaften in religiöser und politischer Hinsicht im Gegensatz zu den sogenannten freien Gewerkschaften.

Kollege Fahrnbach erbat für seine Ausführungen reichen Beifall. Die Forderungen an die Regierungen in Sachen Erwerbslosenfürsorge wurden in einer Resolution zusammengefaßt und an die maßgebenden Instanzen einzuliefernde beschlossen.

Als zweiter Redner des Tages sprach Kollege Kammerer über die Lage unseres Verbandes und die daraus resultierenden nächsten Aufgaben. Mit Interesse verfolgten die Kollegen die Ausführungen über die Verhandlungen in der Textilindustrie und konnten mit Befriedigung feststellen, daß das Mögliche zur Verbesserung der Lage von Seiten des Verbandes getan wurde und gewisse unwahre Behauptungen, die von der freien Organisation aufgestellt, sich als haltlos erwiesen.

Nach reichlicher Aussprache, an der sich zahlreiche Kollegen beteiligten, konnte Kollege Fischer das Schlußwort sprechen, in welchem dieser die Kollegen und Kolleginnen aufmunterte, all das Gehörte hinauszutragen in die Reihen der Kollegen und weiter mitzuarbeiten, damit der Verband im Bezirk weiter wachse und an Einfluß gewinne.

Nachfolgende Entschlieung zur Erwerbslosenfürsorge und zum Preisabbau fand einstimmige Annahme:

Die am 11. Juli 1920 in Göttingen tagende, stark besuchte Konferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands wendet sich an die Reichs- und Landesregierungen sowie an die Verwaltungsbehörden mit dem dringenden Antrag, daß

- 1. alle Mittel zur Verhütung weiterer Arbeitslosigkeit und zur Beschaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit angewendet werden, insbesondere auch auf die Firmen eingewirkt wird. Entlassungen und Betriebsstilllegungen dürfen nur gestattet werden, wenn der unumstößliche Beweis für die Unmöglichkeit der Weiterführung des Betriebs und Weiterbeschäftigung aller Arbeiter erbracht ist,
2. unbeschadet der Neuregelung vom 5. Mai eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Unterstützungssätze erfolgt,
3. den weiblichen Arbeitslosen, welche Hauptnährer einer Familie sind, die gleichen Unterstützungssätze gezahlt werden wie den männlichen Familienernährern,
4. den jugendlichen Arbeitslosen im Bedarfsfalle die Unterstützung gewährt wird,
5. für Kurzarbeiter — teilweise Arbeitslose — die Bestimmungen des § 9 der Reichsverordnung dahingehend geändert werden, daß, wenn 50 Proz. des Wochenarbeitsverdienstes den Unterstützungsbetrag bei voller Erwerbslosigkeit nicht erreichen, die Unterstützung zu zahlen ist,
6. wenn das Aussehen der Arbeit eine Woche und darüber dauert, nicht Bestimmungen für Kurzarbeiter, sondern für ganz Arbeitslose anzuwenden sind,
7. die Aufrechnung des Einkommens der im Haushalt lebenden Familienangehörigen nicht mehr in der schärfsten Weise erfolgt, wie sie der § 6 der Reichsverordnung bestimmt,
8. in allen Gemeinden Vertreter der Gewerkschaften bzw. der unverschuldeten Arbeitslosen bei der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge zugezogen werden.

Ferner erwartet die Arbeiterchaft, daß von allen maßgebenden Stellen auf eine erhebliche Senkung der Preise für alle Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände schleunigst und durchgreifend hingewirkt wird.

Aus der Aggertaler Textilindustrie.

Wie überall in der Textilindustrie, so macht sich auch im hiesigen Bezirk die wirtschaftliche Krise immer mehr bemerkbar. Während die Spinnereien bisher noch zum größten Teile voll arbeiten, wird in der Strickerei und Wäberei schon längere Zeit in einzelnen Betrieben seit einigen Wochen mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Die Reichereien (Kammwollfabriken) haben ebenfalls ihren Betrieb stark eingeschränkt. Wenn auch die Zahl der Kurzarbeiter schon sehr erheblich ist, so sind gänzlich Arbeitslose nur in beschränktem Maße vorhanden. Eine Anzahl Betriebe beschäftigen die verheirateten Arbeiter mit Hausarbeiten. Daß es unter solchen Verhältnissen beim Ablauf eines Tarifes nicht leicht ist, für die Arbeiterchaft neue Lohn erhöhungen durchzusetzen, ist allgemein bekannt. Nachdem Mitte Mai von Seiten der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer der bestehende Lohnvertrag gekündigt, stellte der Arbeitgeberverband inzwischen den Antrag, denselben bis zum 31. Juli zu verlängern. In der am 10. Juli stattgefundenen Versammlung der Arbeitnehmervertreter glaubte man diesem Antrag nicht so ohne weiteres zustimmen zu können. In einer von der Versammlung angenommenen Entschlieung, welche dem Arbeitgeberverband übermitteln worden ist, kam Folgendes zum Ausdruck: 1. Die Arbeitnehmervertreter erklären sich bereit, den bestehenden Tarif unter der Voraussetzung zu verlängern, falls die seit dem 15. Mai im Wuppertal eingeführten

Abkne auch im hiesigen Bezirk zur Einführung gelangen würden oder 2. die Arbeitgeber eine einmalige Steuerungszulage, wie sie in dem Schreiben vom 17. Mai in Vorschlag gebracht worden ist, bewilligen würden, 3. sollte jedoch diesen Wünschen nicht entgegenkommen werden können, so möge recht bald eine Sitzung des Fünferausschusses zwecks Neuregelung der Lohnsätze ab 1. Juli stattfinden. Diese Sitzung hat am 17. Juli in Dieringhausen stattgefunden. Vebauerlicherweise ging es in derselben nicht in der bisher gewohnten friedlichen Weise her, welches seinen Grund darin hatte, daß man von einer Seite die Politik mit in die Debatte hineinzog. Wir wollen hoffen, daß sich dieses nicht wiederholt, denn dabei kommt für die Arbeiterchaft nichts heraus. Das Ergebnis der Verhandlungen ist Folgendes: Der Arbeitgeberverband lehnt es ab, die von der Arbeitnehmerseite gewünschte Einführung der Wuppertaler Abkne vorzunehmen, auch lehnt es der Arbeitgeberverband ab, die gewünschte einmalige Steuerungszulage zu gewähren, auch kein von einem Mitgliede des Fünferausschusses gemachte Vorschläge — es war der Kollege Jäger, Vorsitzender unserer Bergneustädter Ortsgruppe —, den Beherateten und Familienernährern eine Steuerungszulage zu gewähren, glaubten die Arbeitgebervertreter nicht zustimmen zu können. Der Arbeitgeberverband erklärte sich bereit, die bestehenden Lohnsätze bis 31. August in der jetzt bestehenden Höhe weiter laufen zu lassen, auch soll versucht werden, den erwerbslos werdenenden Familienernährern eine Unterstützung beim Arbeitgeberverband zu erwirken. Arbeitseinschränkungen und Arbeiterentlassungen sollen möglichst vermieden werden.

Die Firma Ermen und Engels, Engelstirchen, welche bisher keinem Arbeitgeberverband angehörte, hat sich nunmehr dem Arbeitgeberverband als Mitglied angeschlossen. Die Firma hatte seit einigen Wochen die Wuppertaler Abkne eingeführt. Anscheinend hat die Firma von der oberen Agger Wind bekommen, daß man dort an die Einführung der Wuppertaler Abkne nicht denke, mithin hatte sie nichts Eiligeres zu tun, als am 1. Juli dem Arbeitgeberverband beizutreten und auch mit diesem Tage die Abkne einzuführen. Für die Arbeiterchaft in Engelstirchen bedeutet das eine erhebliche Lohnreduzierung. Am Verhandlungstage erklärte Herr Engels, er sehe es nicht ein, daß er andere als wie vom Verband bewilligte, von Organisation zu Organisation vereinbarte Löhne zahlen solle. Auf eine nochmalige Anfrage erklärte er: „Wenn Sie ausdrücklich darauf bestehen, daß ich die bisher gezahlten Löhne weiter zahlen soll, so werde ich das tun, aber ich werde dann gewaltige Betriebs Einschränkungen und Arbeiterentlassungen vornehmen müssen, wenn ich meinen Betrieb aufrecht erhalten will. Nunmehr überlegen Sie, was im Arbeiterinteresse das Beste ist.“ Aus diesen Darlegungen mögen unsere Mitglieder erkennen, wie auch die Schwierigkeiten für die Arbeitervertreter bei den Verhandlungen gewachsen sind.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Betttrath. Am 26. Juni hielt unsere Ortsgruppe im Lokale von Lambert Braß eine Mitgliederversammlung ab, die erfreulicherweise auch von einer Anzahl Kolleginnen besucht war, im übrigen aber in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, hätte besser besucht sein müssen. Es scheint, als ob die Arbeiterchaft sich ihrer Notlage noch viel zu wenig bewußt ist, denn sonst würde die städtische Gleichgültigkeit so mancher Mitglieder nicht so zu Tage treten. Die Versammlung wurde vom Kollegen Baues geleitet. Nach dem geschäftlichen Teil erteilte er dem Kollegen Klassen-M. Glabbach das Wort zu einem Vortrage über Aufgaben der Betriebsräte und der Arbeiterchaft in der heutigen Krisenzeit. Einleitend seiner Ausführungen ging er auf die Ursachen der wirtschaftlichen Krise ein, welche entstanden durch die Wiedgabe, dem großen Ausverkauf im Westen und auch an den anderen Grenzen unseres Vaterlandes, dem schlechten Stande unserer Wäute, und der traurigen Finanzlage innerhalb des Reiches. Alles Folgen des verlorenen Krieges, und falscher Spekulation eines großen Teiles der Großindustrie. Der Hauptleidtragende bei dieser Krise ist der Arbeiterstand und dies trifft besonders für unsere Textilarbeiterchaft zu, welches in Arbeitslosigkeit, Einschränkung der Arbeitszeit, verbunden mit einem erheblichen Lohnausfall seinen Ausdruck findet. Aufgabe der Betriebsräte sei es nun, allen Ungerechtigkeiten und Härten entgegenzuarbeiten. Die Betriebsräte würden aber nur dann ihrer Aufgabe gerecht, wenn sie sich auch aller Rechte und Pflichten, die das Gesetz ihnen bietet, kennen und sich derselben bewußt sind. Diejenigen, welche es unterlassen, sich die nötigen Kenntnisse durch Studium, Versammlungsbesuch und gegenseitige Aussprache anzueignen, sind nicht auf der Höhe. Die Arbeiterchaft hat die Aufgabe, in der heutigen Zeit durch ihre Organisationen, ihre Vertreter in den Parlamenten, Kommunen und allen maßgebenden Instanzen, an dem Ausbau der Fürsorge für Erwerbslose und Kurzarbeiter durch hinreichende finanzielle Unterstützung, Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Notstandsarbeiten Sorge zu tragen. Redner wies auf dasjenige hin, was von Seiten unseres Verbandes, des Bezirks, des Kartells und der Ortsgruppe bereits geschehen sei. Eine weitere Aufgabe sei die Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums durch durchgreifende Maßnahmen, denn diese hätten sich schon allzulange auf Kosten der Allgemeinheit als Drohnen der Gesellschaft betätigt. Es sei zu der Zeit, daß auch unsere gewislen Presse, die durch ihre Stellung zur Zwangswirtschaft dieser Ausbeutung Vorschub leiste, ein offenes Wort gesprochen würde. Ferner müßte mit dem Abbau der Preise für die nötigen Bedarfsartikel eifrig mal Ernst gemacht werden, wozu allerdings das Einschlagen von Schanzengeldern und Pfänderungen nicht der geeignete Weg sei. Des weiteren wies Redner auf den Anschluß und den Ausbau der Konjunkturgenossenschaften hin, deren Bedeutung von der Arbeiterchaft noch viel zu wenig gewürdigt werde. Zum Schluß seiner Ausführungen appellierte er noch an alle Kolleginnen und Kollegen zur treuesten Mitarbeit, denn nur durch die Mitarbeit aller sei die Möglichkeit gegeben, den Arbeiterstand einer lichteren Zukunft entgegenzuführen. Wird diese unterlassen, so werden durch unsere Schuld die letzten Dinge schlimmer sein wie die ersten. Den 1 1/2 stündigen Ausführungen des Redners folgten als Anwesenden Jung und Alt, mit ungeteilter Aufmerksamkeit und wurde es vor sich daran anschließenden Diskussion eifrig bedauert, daß die Ausführungen nicht von einer größeren Zuhörerchaft gemacht worden seien. Nachdem noch einige Anträge eingebracht, wurde der letzte Punkt der Tagesordnung: Bericht über kommunale Angelegenheiten, wegen der vorgerückten Zeit bis zur nächsten Versammlung, die in kurzer Zeit stattfinden soll, vertagt. Alle Anwesenden hielten bis zum Schluß der Versammlung aus und gingen mit dem Bewußtsein nach Hause, einer begeisterteren und lehrreichen Versammlung beigewohnt zu haben und hoffentlich auch mit dem Vorlage, in Zukunft keiner Versammlung mehr fern zu bleiben.

Behenburg. Deffentliche Versammlung. Unser Verband hatte für Samstag, den 23. Juni, im Lokale von

Erfolg eine öffentliche Zentralarbeiterversammlung einberufen, welche gut besucht war. Das Thema: „Warum christliche Gewerkschaften?“ war gewählt worden, um der Arbeiterchaft zu zeigen, daß die christlichen Gewerkschaften notwendig sind, und wenn sie nicht schon beständen, dann würde die Haltung und das Vorgehen der sozialistischen Gewerkschaften in der jetzigen Zeit die Gründung gebieterisch von der christlichen Arbeiterchaft fordern. Kollege Wächsen schütz bestand es, diese Notwendigkeit in das rechte Licht zu stellen. Die Diskussionenredner des Deutschen Textilarbeiterverbandes versuchten zwar in großen Tönen und Phrasen, die zum größten Teil um den Kernpunkt der Sache herumgingen, das Gegenteil festzustellen. Besonders ins Auge fiel bei diesen Diskussionenrednern im Gegensatz zum Referenten die Unschicklichkeit, mit der sie ihre Sache zu verteidigen versuchten. Aus diesem Grunde mußten sie sich im Schlußwort manche bittere Wahrheiten sagen lassen und mehrmals aufgefordert werden, für ihre Behauptungen den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Die Zentralarbeiterchaft von Behenburg erwartete, daß über die verschiedensten Punkte, welche von der Gegenseite angegriffen wurden, der geforderte Wahrheitsbeweis erbracht wird. Kollege Wächsen schütz bittet zum Schluß, daß über alles Trennende hinweg die Organisationen sich auf wirtschaftlichem Gebiete zu einer einheitlichen, geschlossenen Macht zusammenschließen möchten.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung stand die Erwerbslosenfürsorge, welche der Kollege Otto Helbed behandelte. Seine Ausführungen liefen darauf hinaus, der Versammlung zu empfehlen, die vom Kollegen Wächsen schütz der Barmer Stadtverwaltung überreichte Eingabe mit Begründung, welche er zur Verlesung brachte, auch der Gemeindevertretung von Dieringhausen zu überreichen. Nach eingehender Aussprache kam der Beschluß zustande, daß alle im Orte Behenburg befindlichen Gewerkschaften, sowohl freie wie christliche, die Eingabe unterzeichnen und an die Gemeindevertretung einreichen sollten. Kollege Becker stellte zum Schluß fest, daß trotz der Gegensätze, die im ersten Referat auseinandergefallen waren, im allgemeinen die Versammlung durch die gemeinsame Not doch einen harmonischen Verlauf genommen habe und dankte den Versammelten für ihr Aushalten.

Rabensburg. Die am Donnerstag, den 9. Juli, im Saale des Seifenhauses stattgefundene Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Der Anleiter Kollege Bundt aus Ulm machte die Zuhörer in seinen einleitenden Begründungsworten auf die Fragen der Gegenwart aufmerksam. Der Redner des Abends, der zweite Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes, Kollege Fahrnbach aus Düsseldorf, behandelte in ausgereicherter Weise alle die Fragen, die z. B. in unserm Vaterland im Vordergrund stehen. Zum Schluß wurden die Tarifverhandlungen in der Leichtindustrie durchbesprochen und mit der Aufforderung zur restlosen opferwilligen Mitarbeit in gewerkschaftlichen Organisationen aufgefordert. Nach einem kurzen Schlußwort von Seiten des Vorsitzenden wurde die anregende Versammlung geschlossen.

† Sterbetafel. †

- Matthias Hermanns, Walheim. — Anna Ederdt, Neufals. — Hermann Vogel, Vachen. — Wilhelm Theisen, Hehn. — Hermann Kaumann, M.-Glabbach. — Hermann Föhner, Schättdorf. — Heinrich Godejohann, Schättdorf. — Josef Fahrnbach, Dären. — Frau Pauline Wilhelm, Glauchau. — Barbara Heidenreich, Bamberg. — Wilhelm Müller, Holsheim. — Peter Uebel, Bieren. — Petronella van Berg, Eupen. — Josef Frankel, Dären. — Maria Riegi, Dellingen. — Andreas Häfles, Grefrath. — Bernhard Ueffing, Bocholt. — Karl Roth, Greiz. — Johanna Smeigel, Glauchau. — Heinrich Vöning, Werben. — Heinrich Dohr, St. Ebnis. — Lambert Pelsch, Dönskirchen. — Paula Wittlings, Hinsbeck. — Marta Moser, Landeshut. — Maria Hendreda, Spremberg. — Josef Welters, Waldwiel. — Haja Kuh, Kadolzell. — Wilhelm Honnacker, Werben. — Karl Hampcke, Jöbendüren. — Johann Smipel, Glauchau. — Johann Neuhoff, Krefeld. — Emil Schröder, Dieringhausen. — Johanna van Ahlen, Rheine. — Wilhelm Pintens, Wegberg. — Karl Sailer, Barmen. — Erna Jade, Gütersloh. — Josef Hemeln, Rheine. — Heinrich Kläber, Borten. — Magdalena Frings, Ellenborn. — Anna Tubek, Borten. — Paula Klüthmann, Neunkirchen. — Wilhelm Bromes, Krefeld. — Frau Pösch, Krefeld. — Anna Vausberg, Dahlenhausen. — Hermann Niemann, Rheine. — Johann Pösch, Eblöhn. — Georg Kant, Heidenheim. — Jakob Brewer, Eupen. — Josef Schillings, Eupen. — Leopold Schenerer, Bienenbach. — Johanna Anderer, Bufenbach. — Maria Emma Ruckert, Zöbtrau. — Heinrich Mertens, Dären. — Lorenz Franzen, Aacher. — Jakob Neumann, Bufenbach. — Wilhelm Keemen, Lohberich. — Frau Konrad von Lödt, Debt. — Maria Balgheim, Borst. — Wilh. Bergshoff, Engelstirchen. — Matthias Daniels, Delmenhorst.

Versammlungskalender.

Mülten-St. Jakob. 6. August, 8 Uhr, im Lokale „Deutsches Haus“, Mitgliederversammlung.
Dhier. 14. August, abends 8 Uhr bei Hermanns Quartals-Generalversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Nur nicht verzweifeln! — Artikel: Zur gegenwärtigen Lage in der Textilindustrie. — Forderungen zur Milderung der Krisenwirkungen in der Textilindustrie. — Die Geschäftsführung der Betriebsräte. — Wichtige Entscheidungen des Reichsarbeitsministers. — Feuilleton: Mittel zur Milderung der wirtschaftlichen Störungen. Allgemeine Rundschau: Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ verdächtigt. — Früher: Großer Umfag — Kleiner Nutzen! Heute: Kleiner Umfag — Großer Nutzen! — Eine beachtenswerte Entschlieung zur Wohnungsfrage. — Aus unserer Industrie: Die Ausfuhr von Tuchen aus England. — Aus unserer Bewegung: Konferenz der Vorstands- und Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute in Göttingen. — Aus der Aggertaler Textilindustrie — Berichte aus den Ortsgruppen: Betttrath. — Behenburg. — Rabensburg. — Sterbetafel. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Ralle, Düsseldorf 56, Kontrabassstr. 7.

Eine Normalarbeitsordnung für die Textilindustrie

Ist mit Rücksicht auf eine größtmögliche Einheitlichkeit ein dringendes Erfordernis. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde von der Zentralkommission unseres Verbandes bei der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie nachfolgender Antrag eingereicht:

An die Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie
Berlin W. 8.
Mohrenstr. 9.1

Nach §§ 78 und 80 des Betriebsrätegesetzes müssen in fast allen Betrieben neue Arbeitsordnungen zwischen den maßgebenden Betriebsvertretungen und der Betriebsleitung vereinbart werden. Die im Gesetz vorgesehene Frist wurde bekanntlich auf den 1. September verschoben.

Wir halten es für dringend erwünscht, diese Arbeitsordnungen für die Textilindustrie möglichst einheitlich zu gestalten. Aus diesem Grunde beantragen wir, baldmöglichst eine Stgung des Hauptvorstandes einzuberufen, um über die Aufstellung einer Normalarbeitsordnung zu beraten und Beschluß zu fassen.

Wir erklären uns einverstanden, den Antrag durch den Sozialausschuß erledigen zu lassen, wenn dies für zweckmäßig gehalten wird.

Es dürfte dann jedoch zum Zwecke einer schnelleren Verständigung erwünscht sein, eine Vorberatung durch je einen Vertreter der drei Textilarbeiterverbände und drei Vertreter der Arbeitgeber der Beratung im Ausschuß vorausgehen zu lassen.

Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.
F. A.
Hj. Jährenbrach.

Da zu erwarten ist, daß unserm Antrage von der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie baldigt stattgegeben wird, dürfte es sich für unsere Betriebsratsmitglieder sehr empfehlen, nicht eher mit den Arbeitgebern über die Arbeitsordnungen zu verhandeln, bis die Reichsarbeitsgemeinschaft Stellung genommen hat.

Gegen Terror und Boykott.

Ueber die Wahrung der Koalitionsfreiheit und zum Schutze gegen Terror und Boykott hat das Gesamtministerium Bayerns im „Bayerischen Staatsanzeiger“ folgende Bekanntmachung erlassen:

Trotz der Bekanntmachung des Gesamtministeriums vom 12. Mai 1919 — „Bayer. Staatsanz.“ Nr. 125 — kommen neue Klagen, daß von einzelnen Gewerkschaften oder deren Mitgliedern und von Betriebsräten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Beitritt in bestimmte Gewerkschaften gezwungen und im Weigerungsfalle von der Arbeit verdrängt werden. Desgleichen mehrten sich die Fälle, in denen ehemalige Angehörige der Reichs- und Polizeimehr sowie Mitglieder der Einwohnerwehr wegen dieser Zugehörigkeit an der Ausübung ihrer Berufstätigkeit oder der Tätigkeit als Arbeitervertreter behindert werden.

Diese Tatsachen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, ein wie wichtiges und für die Gesamtheit der Arbeiterschaft bedeutungsvolles Gut die Koalitionsfreiheit ist. Demgemäß ist sie auch in den neuen Gesetzen des Reiches mit besonderen Sicherungen umgeben.

Vor allem bestimmte Art. 169 der Verfassung des Deutschen Reiches: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“ Ebenso stellt Art. 163 nicht bloß den Grundsatz von der Arbeitspflicht, sondern auch vom Recht auf Arbeit auf.

Das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 überträgt in § 66 dem Betriebsrat ausdrücklich die Aufgabe, für Wahrung der Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmer einzutreten.

Nach § 81 müssen die vom Arbeiterrat oder vom Angestelltenrat mit dem Unternehmer gemäß § 78 Biffer 8 vorgesehenen Richtlinien über Einstellung die Bestimmung enthalten, daß die Einstellung eines Arbeitnehmers nicht von seiner politischen, militärischen, konfessionellen oder gewerkschaftlichen Betätigung, von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verbände abhängig gemacht werden darf.“ Nach § 84 endlich kann jeder Arbeitnehmer im Falle der Kündigung seitens des Arbeitgebers binnen fünf Tagen durch Anrufung des Arbeiter- oder Angestelltenrates u. a. dann Einspruch erheben, wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung, oder wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verband erfolgt ist. In allen diesen Fällen hat der Arbeiter- oder Angestelltenrat die Interessen des Kündigten gegenüber dem Arbeitgeber und wenn keine Einigung erfolgt, vor dem Schlichtungsausschuß zu vertreten.

Gestützt hierauf haben die Regierung und die Parteien des Landtages am 16. März 1920 feierlich erklärt: „Die volle Koalitionsfreiheit ist Beamten, Arbeitern und Angestellten nach wie vor uneingeschränkt zugesichert, sie wird von der Regierung geschützt.“

Hiernach müssen alle, die sich gleichwohl des Terrors oder Boykotts schuldig machen, die ganze Schwere der Gesetze zu fühlen bekommen. Es ist Sache der betroffenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Verstöße den zuständigen Behörden (Gewerbeaufsichtsbeamten, Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften) zur Anzeige zu bringen. Diese Behörden werden angewiesen, gegen die ihnen bekannt werdenden Zuwiderhandlungen unachsichtlich einzuschreiten und den Bedrohten wirksame Hilfe zu gewähren.

Im übrigen gibt sich die Regierung der zuversichtlichen Erwartung hin, daß die Arbeiterschaft, die sich die Koalitionsfreiheit schwer erkämpfen mußte, diese nur auch als ihr eigenes hohes Gut ansehen und aus sich selbst heraus sichern wird.

Folgen die Unterschritten aller bayerischen Minister.“ Nun soll den in ihrer Koalitionsfreiheit so oft Bedrohten endlich genügender Schutz zuteil werden. Wenn nun auch noch nach dieser einmütigen Stellungnahme des Gesamtministeriums die Bedrückungen christlich organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen durch fanatisierte freie Gewerkschaftler nicht aufhören sollten, dann werden sich unsere Mitglieder mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen müssen. In jedem einzelnen Fall von Terrorismus oder Boykott wenden sich unsere Mitglieder zweckmäßig unverzüglich unter genauer Angabe der Namen, des Ortes und des Datums des jeweiligen Terrorismusfalles an den nächsten erreichbaren Angestellten unseres Verbandes. Dieser hat die Verpflichtung, ebenfalls ohne jeden Verzug den zuständigen Behörden (Gewerbeaufsichtsbeamten, Polizeibehörden und Staatsanwaltschaft) Anzeige von dem Terrorismus- oder Boykottfall zu machen und gleichzeitig über den genauen Sachverhalt eines jeden Falles sofort an die Zentrale des Verbandes zu berichten.

Allgemeine Rundschau.

Die Deutsche Volksversicherung

hielt am 3. Juli d. J. ihre diesjährige Generalversammlung im Festsaal des preussischen Wohlfahrtsministeriums ab. Der erstattete Geschäftsbericht legte Zeugnis ab von der günstigen Entwicklung unseres gemeinnützigen Unternehmens.

Die Zahl der Versicherten bei der Deutschen Volksversicherung betrug am 31. Dezember 1919 insgesamt 229.247, zu denen im ersten halben Jahr des laufenden Geschäftsjahres 18.114 neu hinzugezogen sind. Die Gesamtversicherungssumme betrug am Ende des verflossenen Jahres 71.490.000 M. gegen 48.126.000 M. im Vorjahr. Nichtin eine Steigerung um 23.223.000 M. Der Versicherungsbeitrag beträgt, sind 100 Millionen Mark Gesamtversicherungssumme überschritten.

Die Prämienentnahme erhöhte sich von 2.388.256,33 Mark in 1918 auf 2.801.536,95 M. im Berichtsjahr. Die Ausgaben für Schäden und Versicherungsfälle (Todesfälle, Aussteuer, Konfirmation und Kommunion usw.) betrugen 494.858,83 M. gegen 474.691,36 M. im Vorjahr.

Die Solidität unserer Deutschen Volksversicherung wird am treffendsten erkennbar an ihren Durchschnittsvericherungssummen der Einzelversicherungen. Die Durchschnittsvericherungssumme betrug 442 M. im Gründungsjahr 1913—1914, stieg auf 690 M. in 1918, in 1919 betrug sie bereits 1001 M. und stieg auf 1938 M. im Juni d. J.

Infolge des gesunkenen Geldwertes wurde, um den Ansprüchen der Zeit zu genügen, die Versicherungssumme von 2000 auf 5000 M. erhöht.

Die Verteilung der Kriegsterdelasse konnte auf Grund gesetzlicher Verordnung erst vom 18. Juni d. J. ab beginnen. Zur Verteilung kam der angesammelte Fonds in Höhe von 1.006.746,50 M. Beteiligt sind entsprechend der liberalen Bedingungen unserer Volksversicherung nicht nur die Erben der unmittelbar im Kriege Gefallenen, sondern alle diejenigen, die bis zum 17. Mai dieses Jahres gestorben sind. Abschlagszahlungen waren bis Ende April 160.422,50 M. geleistet. Auf 5 M. Einzahlung wurden rund 40 M. ausbezahlt.

Mit diesem Geschäftsergebnis wird die soziale Bedeutung unserer Volksversicherung ins rechte Licht gerückt. Sie bildet einen festen Pol in der Unrast der Zeit, ist eine sichere Bürgschaft gegen die Wechselfälle des Lebens, hält die Versicherten durch ihren leisen Zwang zur Sparsamkeit von bedenklichen Schritten zurück und erzieht sie zu solider Wirtschaftlichkeit. Für die Familie der Weg zum Glück.

Wie auf der Generalversammlung mitgeteilt wurde, haben die Gewerkschaften (christliche und Kirch-Donnersthe), Angestelltenverbände und konfessionellen Arbeitervereine die Gründung einer eigenen Feuerversicherung mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Mark und einem Organisationsfonds von 500.000 M. beschlossen. Dieselbe kommt in Geschäftsgemeinschaft mit der Deutschen Volksversicherung die „Deutsche Feuerversicherung“, so ist der Name der Neugründung, nimmt am 1. Oktober d. J. ihren Betrieb auf. Unsere Mitglieder haben alsdann die Möglichkeit, sich in ihrer eigenen Feuerversicherung zu versichern. Das sie davon eifrig Gebrauch machen werden, ist um so mehr anzunehmen, da jeder erzielte Gewinn in andere Verbands- oder Vereinskasse zurückfließt.

Christlich-nationale Arbeiterbewegung.

Der Land-, Forst- und Weinbergsgewerkschaftsverband Deutschlands (Berlin SW 11, Dessauerstr. 15) sowie der Gewerkschaftsverband der Heimarbeiterinnen Deutschlands (Ber-

lin W. 30, Nollendorferstr. 13/14) haben unlängst ihre Verbandstagung gehalten. Den ersteren Verbandstag leitete der Abgeordnete Behrens, letzteren die Abgeordnete Margarete Behm. Während der christliche Landarbeiterverband in einem geradezu ungeheuren Wachstum steht, hat der Heimarbeiterinnenverband recht unter der Ungunst der Zeit zu leiden, wie die gesamte Textilindustrie. Im ganzen aber geht es stark aufwärts in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Nicht leicht haben es die evangelischen Arbeitervereine, die bei ihrem Charakter als Gesinnungsvereine die Steuerkraft ihrer Mitglieder weit weniger anspannen können wie die Gewerkschaften und darum unter der Steuerlast besonders leiden. Man sollte in allen evangelischen Kreisen die Bedeutung dieser evangelischen Arbeitervereine würdigen und dazu helfen, daß sie endlich den älteren katholischen Arbeitervereinen an die Seite treten können, was äußeren Umfang und innere Durchbildung anbelangt. Es wäre ein Verzicht für unser gesamtes evangelisch-soziales Leben, wenn die evangelischen Arbeitervereine unter der Wirtschaftskrise weiter zu leiden hätten. Wer etwas dazu tut, ein bestehendes evangelisches Arbeitersekretariat zu stärken oder ein neues zu ermöglichen, tut ein gutes und nütziges Werk.

Denn in der Gegenwart gehört die Überbrückung der Standesunterschiede zu dem Notwendigsten. Mitunter hilft die harte Zeit selbst dazu; wie manche Frau des Mittelstandes muß heute ohne Dienstmädchen hart körperlich arbeiten. Wie mancher Student verdient sich in harter körperlicher Arbeit sein Brot. Und das hat die gute Seite, daß, wenn er's körperlich durchhält, er dadurch am eigenen Leibe spürt, wie es dem Arbeitmann zu Mute ist. Wir dürfen nimmer davon weichen, den Gedanken der sozialen Versöhnung leuchten zu lassen, ohne ihn ist eine innere Wiedergeburt unmöglich.

D. theol. Reinhard Rumm, R. d. R.

Eine Einigung zwischen den Mitgliedern des Verbandes erwerbstätiger Frauen und Mädchen und den christlichen Gewerkschaften im Bezirk Eichsfeld

Ist erfolgt und zwar dahingehend, daß die ersteren zu den christlichen Gewerkschaften übergetreten sind. Auch die Bezirkssekretärin, Frä. Wollasth, hat den Uebertritt mit vollzogen. Die Verhältnisse hatten sich in dem Bezirke in letzter Zeit so entwickelt, daß eine andere Lösung nicht möglich war. Damit ist im Bezirk Eichsfeld die rastlose Einigkeit nach der gewerkschaftlichen Seite auch im katholischen Arbeiterinnenlager erreicht, jedenfalls zum Wohle der Arbeiterschaft wie der katholischen Sozialen Arbeiterbewegung. Der Bezirk dazu mit beitragen würden, in der katholischen Arbeiterinnenbewegung Deutschlands die Bewirklichung der Einheitlichkeit in der Gewerkschaftsbewegung zu beschleunigen.

5. Verbandstag des deutschen Rad- und Motorfahrerverbandes „Concordia“, e. V., Eichsbamberg.

Der auf christlich-vaterländischem Boden stehende Verband hielt vor kurzem in Bamberg seinen 5. Verbandstag, verbunden mit 10-jährigem Verbandsfest, ab. Während die Organisation im Jahre 1919 erst 7517 Mitglieder zählte, ist die Mitgliederzahl heute schon auf über 14.000 gestiegen. Die Verbandseinrichtungen und die Etablierung des Verbandes wurden einer zeitgemäßen Aenderung unterzogen. Die „Concordia“ ist nunmehr in der Lage, allen Mitgliedern und Freunden des Radsports, wie keine zweite Organisation, neben günstiger Radfahrer-Anfall- und Haftpflichtversicherung, Sterbefälle, Rechtschutz, Verbandsorgan auch weitere Vergünstigungen zu gewähren. Infolge der ständigen Ausbreitung hat der Verband ein eigenes Verbandshaus erworben. Im Mittelpunkt der Tagesordnung standen Vorträge über „zeitgemäße Agitation“ sowie über die „Deutsche Volksversicherung“. Ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften begrüßte den 5. Verbandstag und betonte, daß beide Organisationen für eine gemeinsame Weltanschauung kämpfen und Opfer bringen müssen. Die Wiederverwahl der bisherigen Verbandsleitung erfolgte einstimmig. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Herr Stadtrat Joh. Haas von Bamberg, früherer Sekretär der christlichen Gewerkschaften, gewählt. Mit dem Verbandstag war ein großes Radsportfest verbunden, welches einen harmonischen Verlauf nahm. — Jedem Radfahrer und jeder Radfahrerin, insbesondere den Angehörigen unserer konfessionellen Vereine und der christlichen Gewerkschaften, ist der Anschluß an den deutschen Rad- und Motorfahrerverband „Concordia“ nur zu empfehlen. (Geschäftsstelle Bamberg, Nonnenbrücke 1. Agitationsmaterial ist von dieser Stelle in gewünschter Menge kostenlos erhältlich.)

Die „freien“ Gewerkschaften gegen die Pressefreiheit.

Daß die sog. „freien“ Gewerkschaften je nach dem örtlichen Milieu mehrheitssozialistisch, unabhängig, kommunistisch, ja sogar syndikalistisch verklärt sind, wird auch bald die breite Öffentlichkeit begreifen haben. Die Gewerkschaftsstatistik richtet sich nicht nach vernünftigen volkswirtschaftlichen Erwägungen, sondern nur danach, wie und wo man dem marxistischen Parteikarren Wortspandienste leisten kann. Dort, wo sich die christliche Gewerkschaftsbewegung gegenüber den „Freien“ verhältnismäßig gut durchgesetzt hat, wird man die Folgen des revolutionären Wahnsinns nicht so spüren können. Anders aber in den Gewerben, wo die Organisationen auf christ-

licher Seite nicht stark genug sind, um Mächtigkeiten zu begegnen, die die Meinungsfreiheit weiter Vortreibe ernstlich in Frage stellen. Für dieses Experiment werden sich bei zukünftigen Aktionen der „freien“ Gewerkschaften die ebenso im „freien“ Verband der deutschen Buchdrucker organisierten Gehilfen hergeben müssen. Der Generalversammlung dieses Verbandes hat nämlich den Beschluß gefaßt, daß bei zukünftigen von Partei und Gewerkschaften (lies: sozialdemokratisch) eingeleiteten Aktionen nur die von diesen an den einzelnen Orten oder an der Zentrale eingeleiteten Anzeigen bestimmt wird, welche Presseerzeugnisse und Publikationen zur Bekämpfung der gegenrevolutionären Bestrebungen herzustellen sind. Was man sich unter „gegenrevolutionär“ vorstellt, hat man eigenartigerweise verschwiegen. Man hätte ja sonst gesehen müssen, daß bei der ersten besten Gelegenheit alles mundtot gemacht werden soll, was nicht rötlich gefärbt ist. Und man hätte auch sagen müssen, daß sich zu dieser Bergewaltung der Freiheit selbst jene Mitglieder des „freien“ Buchdruckerverbandes herzugeben geizig sind, die noch nicht so „freiheitlich“ denken, unbegreiflicher Weise aber immer noch nicht den Mut finden, sich der christlichen Buchdruckerorganisation anzuschließen. Wie man trotz dieser offenen Kampfanzeige es noch wagen kann, eine Entschlieung anzunehmen, in der nichts mehr und nichts weniger als uneingeschränkte Pressefreiheit gefordert wird, damit geistige Knechtung und Kulturrückschritt abgewendet werden, wird der Dessenlichkeit ein Rätsel bleiben. Dieses demagogische Einklinken weiter Kreise — der Arbeiter sowohl wie der Unternehmer und nicht zuletzt der Regierung — ist bezeichnend für die Kampfweise der „freien“ Gewerkschaften. Das hat gerade der Buchdruckerverband mehr als jede andere Gewerkschaft gegenüber der Prinzipalität und der Dessenlichkeit jahrelang verstanden und dadurch erreicht, daß er sich heute als Renner der Presse aufspielen kann. Wir sind begierig, was denn die Regierung und die zuständigen Organisationen zu der jetzt geschaffenen Situation sagen werden. So viel an uns liegt, wollen wir durch Förderung des Gutenberg-Bundes, der christlichen Buchdruckerorganisation, die Absicht der Revolutionäre zu verhindern. Jeder christlich und national denkende Buchdrucker gehört in den Gutenberg-Bund!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wiesfeld. Im katholischen Vereinshaus fand am 15. Juli eine Mitgliederversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Es wurde darauf hingewiesen, einen Delegierten zur Bezirkskonferenz nach Münster zu senden, wozu Vorsitzender Kollege Eggert einstimmig gewählt wurde. Ferner wurde von einigen Kollegen darauf hingewiesen, daß nicht alle Mitglieder in der Lage sind, die Versammlung zu besuchen, wie es vom Vorstand verlangt würde, es soll jedem Mitglied überlassen sein, ob es zur Versammlung erscheine. Zugleich ergriß Parteisekretär Herr Thron das Wort. Er führte etwa Folgendes aus: Ein jeder Einzelne in unserer Bewegung soll in der Tat an der Mitarbeit der Volkswohlfahrt beteiligt sein. Dazu gehört Aufklärung in unserer Organisation, fachtechnische Bildung zum Bedienen der ganzen Volkswirtschaft. Unserer Jugend gehört die Zukunft. In den christlich-nationalen Gewerkschaften haben die Arbeiter die gleichberechtigte staatsbürgerliche Stellung erlangt. In unserem Verbandsorgan ist manches Goldkorn enthalten. Besitzen wir in der kommenden Zeit die nötigen Fähigkeiten, die Bildung, dann können wir in der Zukunft fruchtbare Arbeit leisten. Mit diesen Worten beendete er für seine begeisterten Ausführungen. Vorsitzender dankte dem Referenten und schloß um 9/10 Uhr die Versammlung.

Sttlingen (Baden). Eine überaus eindrucksvolle Kundgebung war unser christlich-nationaler Arbeitertag am 4. Juli, der, vom besten Wetter begünstigt und unter starker Beteiligung, der Dessenlichkeit die Bedeutung unserer Bewegung so recht zu zeigen geeignet war. Durch die reich besetzten Straßen der Stadt nahm der Festzug seinen Weg zum Schloßhof. Der Zug machte einen imposanten Eindruck, und zahlreiches Publikum hatte sich am Rand der Straßen und auf dem Schloßhof angeammelt. Nach einigen Musikstücken trug Kollegin Gertraud Weikenmeier mit heller Stimme und gutem Verständnis einen zeitgemäßen Festprolog vor. Dann entbot Gewerkschaftssekretär Kollege Theodor Kiefer den erschienenen Gästen seinen Willkommengruß, so vor allem Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Hartmann, Kollegin Christine Hölzgens-Düsseldorf, Abgeordneten Kollegen Heinrich, sowie Sekretär Kollegen Engelmann und Fr. Hollinger und Grimm, letztere als Vertreterinnen der evangelischen Arbeitervereine in Karlsruhe. Den Glanzpunkt der Tagung bildete unstreitig die Rede des Abgeordneten Kollegen Heinrich, der in seinen vortrefflichen Ausführungen sich vor allem mit der heutigen Notlage des Arbeiterstandes und dem Standpunkt beschäftigte, den die christlichen Gewerkschaften einnehmen und einzunehmen haben. auf Grund ihres Programms, das auf christlich-nationalen Grundsätzen aufgebaut ist. Nach dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede ergriß Bezirksleiter Kollege Rümmele das Wort, der noch in beredten Worten zu den lebenden zeitgemäßen wirtschaftlichen Fragen Stellung nahm. Im Sinne der von ihm gemachten Ausführungen wurden entsprechende Entschlieungen einstimmig angenommen. Der zweite Teil des Programms wickelte sich in den Räumen der Festhalle ab. Ein Familienabend, bestehend aus Musik, Theater und turnerischen Ausführungen trug noch ungemein zur Unterhaltung bei. Die ganze Veranstaltung hat uns einen großen idealen und Achtungserfolg gebracht.

Euenheim-Wißkirchen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage wurde in eingehender Weise in der am Sonntag, den 11. Juli, in Wisskirchen abgehaltenen Mitgliederversammlung besprochen. Desgleichen wurde über die Bedeutung der Seidung der Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise bei der hiesigen Kreisverwaltung Bericht erstattet. Zu dieser Frage muß hier unbedingt etwas gesagt werden, da gerade in dieser Hinsicht die Unbequemlichkeiten fast unerträglich sind. Festes Zusammenstehen aller Mitglieder bei der Vorbereitung zur Erreichung erträglicher Verhältnisse unter der hiesigen Textilarbeiter-Gewerkschaft.

Hainitz. Am 27. Juni hatte sich unsere Ortsgruppe zu einem schönen Sommervergügen zusammengesunden. Schon am Nachmittag wurden die Kinder unserer Mitglieder mit Kaffee und Kuchen bedacht, auch wurde für die Kinder ein

Theaterstück aufgeführt. Am Abend fanden sich dann unsere Mitglieder und deren Angehörige zusammen. Nachdem der Vorsitzende Kollege Berger die Anwesenden herzlich begrüßt hatte, ergriß Kollege Trepte-Schirgimais das Wort. Er legte den Anwesenden klar, daß es dem Ernst der Zeit nicht angetan sei, ausgelassene Vergnügen zu veranstalten, sondern daß unser heutiges Fest den Zweck habe, daß wir die Erinnerung mit nach Hause nehmen, in der heutigen kampfreichen Zeit fest zusammenzustehen, überzeugt von den Grundsätzen und Zielen unserer Bewegung, mutig unsere Bewegung verteidigen und durch praktische Mitarbeit die Ortsgruppe Hainitz zu stärken. Es wurden dann noch zwei kurze Theaterstücke aufgeführt, von denen besonders „Die Verwechslung“ hervorgehoben zu werden verdient. Die in allen Punkten gelungene Feier wird den Mitgliedern und besonders den Kindern noch lange in Erinnerung bleiben.

Vorkmar. Krise und Lohnabbau, so hieß das Thema, das der Kollege Schilling in unserer am 7. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung behandelte. Redner machte uns mit den Ursachen, die der heutigen Krise zugrunde liegen, bekannt und beurteilte entschieden das Verhalten der Arbeitgeber in der heutigen, für die Textilarbeiter besonders schweren Zeit, einem Lohnabbau das Wort zu reden. Es stimmt nicht, wenn in den übrigen Gesellschaftskreisen immer wieder gesagt wird, die hohen Löhne der Arbeiter sind schuld an den hohen Preisen, im Gegenteil, es ist sehr leicht nachzuweisen, daß die Arbeitslöhne erst eine aufsteigende Tendenz erhalten haben, nachdem eine enorme Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel schon lange erfolgt war. Es stimmt dann allerdings auch, daß der Erfolg jeder Lohnerhöhung für die Arbeiter dadurch zunichte gemacht wurde, daß mit oder doch gleich nach einer Lohnaufbesserung die Preise für den Lebensunterhalt weiter gesteigert wurden. Für uns kann es deshalb nur heißen, erst Preisabbau aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, dann erst ist für uns die Frage des Lohnabbaues diskutabel. Kraftvolle Stärkung der christlichen Gewerkschaften, lebendiges Verwachsen mit den Zielen derselben ist die beste Garantie zur Erreichung von Verhältnissen, in der auch wir Arbeiter uns wohl fühlen können.

Heubach. Um zur Milderung der schwierigen Lage der arbeitslosen Korsettarbeiterinnen von Heubach Mittel und Wege zu finden, hielt unser Verband am 7. Juli hier eine öffentliche Versammlung ab. Nach Entgegennahme eines Referats des zweiten Zentralvorsitzenden des Verbandes, Kollegen S. Fahrnbach aus Düsseldorf, wurde folgende Entschlieung einstimmig angenommen, die unbeschadet an die Reichs- und Landesregierung, den Reichswirtschaftsrat und an die zuständigen Verwaltungsbehörden weitergegeben werden soll: „Die am 7. Juli vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter einberufene Versammlung der arbeitslosen, sowie der nur noch sehr beschränkt tätigen Textilarbeiterinnen von Heubach wendet sich an die Reichs- und Landesregierung, den Reichswirtschaftsrat, sowie an die Verwaltungsbehörden mit dem bringenden Antrag, die Erwerbslosenfürsorge weiter auszubauen und die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen in loyaler Weise zu handhaben. Der Ausbau der Erwerbslosenfürsorge hat insbesondere dahin zu erfolgen, daß 1. unbeschadet der Neuregelung vom 5. Mai eine den heutigen Teuerungsberechnungen entsprechende Erhöhung der Unterhaltungsätze erfolgt, 2. den weiblichen Arbeitslosen, welche Hauptnährer einer Familie sind, die gleichen Unterstützungssätze gezahlt werden, wie den männlichen Familienernährern, 3. den jugendlichen Arbeitslosen im Bedarfsfalle die Unternehmung wie früher gewährt wird, 4. für Kurzarbeiter (teilweise Arbeitslose) die Bestimmungen des § 9 der Reichsverordnung dahingehend geändert werden, daß, wenn 50% des Wochenarbeitsverdienstes den Unterhaltungsbetrag bei voller Erwerbslosigkeit nicht erreichen, die Unterstützung zu zahlen ist, 5. wenn das Aussehen der Arbeit eine Woche und darüber dauert, nicht die Bestimmungen für Kurzarbeiter, sondern für ganz Arbeitslose anzuwenden sind, 6. die Aufrechnung des Lohnverdienstes bei Hausarbeit lebenden Familienangehörigen nicht mehr in der schärfsten Weise erfolgt, wie sie § 6 der Reichsverordnung bestimmt, 7. alle Mittel zur Verhütung weiterer Arbeitslosigkeit und zur Beschaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit angewandt werden, 8. in allen Gemeinden Vertreter der Gewerkschaften bzw. der unbeschuldeten Arbeitslosen bei der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge zugezogen werden. — Ferner erwartet die Arbeiterklasse, daß von allen maßgebenden Stellen auf eine erhebliche Senkung der Preise für alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände geschlossen und durchgreifend hingewirkt wird.“

Kollnau. Dessenliche Textilarbeiterversammlung. Unter starker Beteiligung der gesamten Textilarbeiterklasse von Badkirch-Kollnau-Gutach fand Mittwoch, den 30. Juni, im Gasthaus zur „Sonne“ in Kollnau eine von uns einberufene öffentliche Versammlung statt. Zur Eröffnung begrüßte der Versammlungsleiter, Sekretär Halter, die Vertreter der Gemeinde Kollnau, Herrn Bürgermeister Ropper, die Herren Gemeinderäte Schögle, Kern und Friedrich, ebenso die Referenten und die zahlreich vertretene Arbeiterklasse. Sekretärin Hölzgens aus Düsseldorf sprach über das Thema: „Die christlich soziale Arbeiterbewegung in Gemeindefamilien“. Referentin behandelte in ihrem Vortrage in packender Weise die Programmpunkte der christlichen Arbeiterbewegung auf volkswirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete. Reichen Beifall erntete die Rednerin für die vortrefflichen Ausführungen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Sekretär Buchner über die gegenwärtige Lebensmittelteuerung, wirtschaftliche Störung, Betriebsengpässe und den Steuerabzug. In den Ausführungen des Referenten wurde entschieden gegen die unnötige Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel Stellung genommen. Redner erklärte, daß die christlich-soziale Arbeiterklasse nicht mehr gewillt ist, sich länger mit Verzweigungen hinhalten zu lassen und erwartet, daß in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Störungen und Betriebsengpässen mit dem Preisabbau Ernst gemacht wird.

Im Anschluß an das von der ganzen Versammlung beifällig angenommene Referat fand eine lebhafte Aussprache statt, an der sich Vertreter von beiden Organisationsrichtungen beteiligten. Entsprechende Entschlieungen in Sachen der Lebensmittelteuerung, des Preisabbaues und des Steuerabzuges fanden einstimmige Annahme.

Müssen-St. Jakob. Unsere Mitglieder müssen sich bemühen, die Versammlungen pünktlicher zu besuchen, wenn auch wirklich der Wettergott mal kein Einsehen hat. Die Versammlung am 8. Juli wurde vom Kollegen Tröger um 1/2 Uhr eröffnet. Aus dem Quartalsbericht war zu ersehen, daß unsere Ortsgruppe sowohl in der Mitgliederbewegung als auch in Kassenwesen Fortschritte macht. Kollege Melcher aus Greiz sprach über das Thema: „Zeit- und Streitfragen der Gegenwart“. Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen folgten den Ausführungen mit großem Interesse.

Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, sich an der Zusammenkunft sämtlicher Ortsgruppen am Sonntag, den 1. August, in Ermäßigung bei Kautork zu beteiligen sowie die nächste Mitgliederversammlung am Freitag, den 6. August, abzuhalten.

Blauen i. Vogtland. Unsere Mitgliederversammlung am 6. Juli war ziemlich gut besucht. Ein Beweis, daß das Interesse für unsere Bewegung ziemlich lebendig ist. Das ging auch aus dem Quartalsbericht hervor, den der Kollege Biehweg erstattete. Sowohl in der Mitgliederzahl, als auch in den Kassenverhältnissen können Fortschritte bezeichnet werden. Unter den Mitgliederzunahmen befinden sich eine ganze Anzahl Uebertritte vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband. In seinem Vortrage über „Zeit- und Streitfragen der Gegenwart“ wies Kollege Melcher auf die überraschende Tatsache hin, daß bei den letzten Reichstagswahlen die Sozialdemokratie 7 Millionen Arbeiterstimmen erhalten haben kann, wenn man von 10 Millionen Stimmen, welche die Sozialdemokratie erhalten hat, noch 3 Millionen in Abzug bringt, welche von Kleinrentnerbetrieblenden und Handwerkern abgegeben wurden. In seinen weiteren Ausführungen streifte Kollege Melcher die Wirtschaftslage, die jetzt gegenwärtig sehr schlecht ist. Ganz besonders in Blauen, wo der Deutsche Textilarbeiterverband vorherrschend ist, macht sich das Bestreben unter den Arbeitgebern bemerkbar, die Löhne zu künftigen und Lohnkürzungen vorzunehmen. Die Zeit muß lehren, ob der Deutsche Textilarbeiterverband stark genug ist, dieses abzuwehren.

Die Versammlung folgte den Ausführungen mit größtem Interesse. Unter Verschiedenes wurden die Kolleginnen Eichhorn und Chasny zu Kassenprüfern gewählt.

Soran. Nach ein paar Regentagen zeigte der Wettergott wieder einmal sein freundliches Gesicht. Der 10. Juli war ein Tag wie geschaffen für Menschen, die sich nach erfolgter Arbeit einige Stunden in Gottes freier Natur dem Vergnügen hingeben wollen, um die Sorgen und Mühen des Alltags zu vergessen. Vom schönsten Wetter begünstigt hielt die Ortsgruppe Soran an diesem Tage ihr Sommervergügen ab. Zahlreich hatten sich die Mitglieder und Freunde unserer Bewegung in dem schönen Garten des „Goldenen Anker“ in Seifersdorf zusammengesunden, um einige vergnügte Stunden miteinander zu verleben. Besonders die Kolleginnen hatten sich zahlreich eingefunden, war doch hier mal wieder die beste Gelegenheit, nebst anderen Vergnügen das Tanzbein im Kreise Gleichgesinnter schwingen zu können. Obschon nicht gesagt werden kann, daß in unserer Ortsgruppe bei den Mitgliedern im gewerkschaftlichen Leben Interesselosigkeit angukretzen sei, so war es doch nicht zu verhindern, daß unwillkürlich der Gedanke auftauchte, ja wenn doch auch bei unseren Versammlungen stets eine so zahlreiche Beteiligung zu verzeichnen wäre. Jedenfalls würde dadurch die Arbeitsfreudigkeit der im Vordergrunde stehenden Kollegen und Kolleginnen sehr gestärkt, wodurch die agitatorischen Erfolge noch weit größer sein würden als dies bis jetzt der Fall gewesen ist. Alles in allem muß gesagt werden, daß der Vorstand alles aufgeboten hatte, um unseren Mitgliedern einige wirklich vergnügte Stunden zu bereiten und daß wohl alle, ob jung oder alt, auf ihre Rechnung gekommen sind. Der erste Teil bestand in Unterhaltungsspielen für die Kinder, denen sich einige Kolleginnen mit besonderer Hingabe gewidmet hatten und Vogelstrijehen für die Kollegen. Nach einer sehr scharfen Konkurrenz gelang es dem Kollegen Apeit, den Meisterschuh zu tun, worauf derselbe bedankt mit den Trophäen des Siegers in den Saal begleitet wurde, wo sich inzwischen die Jugend beim Tanz amüsierte. Kollege Fashbender aus Forst hielt hierauf die Festrede. Er führte aus, daß der christliche Textilarbeiterverband, unbeschert um die Anfechtungen von rechts oder links und ohne Schwankungen sein Ziel verfolge und sich durch zähen Kampf emporgearbeitet und sich die Achtung weiter Kreise erworben habe. Der christliche Gedanke ist lebendig und marschiert, und wenn sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die noch christlich denken und fühlen, uns anschließen, dann wird es ein Leichtes sein, diejenigen Hindernisse zu beseitigen, die sich uns entgegenstellen. Darum müsse sich die christlich denkende Arbeiterklasse noch enger zusammenschließen als dies bisher geschehen sei und unsere Lösungsmasse sein, nicht eher zu ruhen, bis sich alle, die innerlich zu uns gehören, dem christlichen Textilarbeiterverbände angeschlossen haben. Redner schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung, worin die Anwesenden mit Begeisterung einstimmten. Noch mehrere Stunden blieben die Anwesenden beisammen, und aus den strahlenden Gesichtern war zu entnehmen, daß sie mit dem Bewußtsein nach Hause gingen, wirklich schöne Stunden verlebt zu haben und daß das Band der Zusammengehörigkeit sich noch enger um unsere Mitglieder geschlossen hat.

Hoffentlich haben diese schönen Stunden mit dazu beigetragen, noch mehr Streiter für unsere gute Sache zu gewinnen, die Hand in Hand mit den übrigen Kollegen und Kolleginnen gewillt sind, eifrig mitzuarbeiten an der Ausbreitung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter.

Bizenhausen (Baden). Unter dem Vorsitz unseres Kollegen Johann Leib hielt unsere Ortsgruppe im „Eisenwerk“ eine gutbesuchte Versammlung ab. Leider gibt es bei uns immer noch Mitglieder, die man nie bei einer Versammlung sieht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Steuer, Lebensmittelpreise und Generallstreit, wurde abwartende Stellung beschlossen. Nachdem Gauleiter Kollege Mayer-Volkertshausen noch Bericht über die neuesten Verhandlungen der badischen Arbeitergemeinschaft vom 22. Juni in Freiburg erstattet hatte, hielt derselbe einen sehr zeitgemäßen Vortrage über: „Sittliche Kraft oder rohe Gewalt?“ In der heutigen Textilindustrie wird zur Zeit nur noch vier Tage in der Woche gearbeitet wegen Mangel an Absatz.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Gegen Terror und Boykott. — Allgemeine Rundschau: Die Deutsche Volksversicherung. — Eine Einigung zwischen den Mitgliedern des Verbandes erwerbstätiger Frauen und Mädchen und den christlichen Gewerkschaften im Bezirk Eichsfeld. — 5. Verbandstag des deutschen Rad- und Motorfahrerverbandes „Concordia“ e. V., Sitz Bamberg. — Christlich-nationale Arbeiterbewegung. — Die „freien“ Gewerkschaften gegen die Pressefreiheit. — Berichte aus den Ortsgruppen: Wiesfeld. — Sttlingen. — Euenheim-Wißkirchen. — Hainitz. — Soran. — Heubach. — Kollnau. — Müssen St. Jakob. — Blauen. — Soran. — Bizenhausen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Düsseldorf 56, Konradstraße 7.

Eine Normalarbeitsordnung für die Textilindustrie

Ist mit Rücksicht auf eine größtmögliche Einheitlichkeit ein dringendes Erfordernis. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde von der Zentralleitung unseres Verbandes bei der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie nachfolgender Antrag eingereicht:

An die Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie Berlin W 8. Mohrenstr. 9 i

Nach §§ 78 und 80 des Betriebsrätegesetzes müssen in fast allen Betrieben neue Arbeitsordnungen zwischen den maßgebenden Betriebsvertretungen und der Betriebsleitung vereinbart werden. Die im Gesetz vorgesehene Frist wurde bekanntlich auf den 1. September verschoben.

Wir halten es für dringend erwünscht, diese Arbeitsordnungen für die Textilindustrie möglichst einheitlich zu gestalten. Aus diesem Grunde beantragen wir, baldmöglichst eine Sitzung des Hauptvorstandes einzuberufen, um über die Aufstellung einer Normalarbeitsordnung zu beraten und Beschluß zu fassen.

Wir erklären uns einverstanden, den Antrag durch den Sozialausschuß erledigen zu lassen, wenn dies für zweckmäßig gehalten wird.

Es dürfte dann jedoch zum Zwecke einer schnelleren Entscheidung erwünscht sein, eine Vorberatung durch je einen Vertreter der drei Textilarbeiterverbände und drei Vertreter der Arbeitgeber der Beratung im Ausschuß voranzuführen zu lassen.

Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

J. A.: Sch. Fahrtenbrach.

Da zu erwarten ist, daß unsern Anträge von der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie baldigst stattgegeben wird, dürfte es sich für unsere Betriebsratsmitglieder sehr empfehlen, nicht eher mit den Arbeitgebern über die Arbeitsordnungen zu verhandeln, bis die Reichsarbeitsgemeinschaft Stellung genommen hat.

Gegen Terror und Boykott.

Ueber die Wahrung der Koalitionsfreiheit und zum Schutze gegen Terror und Boykott hat das Gesamtministerium Bayerns im „Bayrischen Staatsanzeiger“ folgende Bekanntmachung erlassen:

Trotz der Bekanntmachung des Gesamtministeriums vom 12. Mai 1919 — „Bayr. Staatsanz.“ Nr. 125 — kommen neue Klagen, daß von einzelnen Gewerkschaften oder deren Mitgliedern und von Betriebsräten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Beitritt in bestimmte Gewerkschaften gezwungen und im Weigerungsfalle von der Arbeit verdrängt werden. Desgleichen mehrten sich die Fälle, in denen ehemalige Angehörige der Reichs- und Polizeiwehr sowie Mitglieder der Einwohnerwehr wegen dieser Zugehörigkeit an der Ausübung ihrer Berufstätigkeit oder der Tätigkeit als Arbeitervertreter behindert werden.

Diese Tatsachen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, ein wie wichtiges und für die Gesamtheit der Arbeiterschaft bedeutungsvolles Gut die Koalitionsfreiheit ist. Demgemäß ist sie auch in den neuen Gesetzen des Reiches mit besonderen Sicherungen umgeben.

Vor allem bestimmte Art. 159 der Verfassung des Deutschen Reiches: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtsunwürdig.“ Ebenso stellt Art. 163 nicht bloß den Grundhieb von der Arbeitspflicht, sondern auch vom Recht auf Arbeit auf.

Das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 überträgt in § 66 dem Betriebsrat ausdrücklich die Aufgabe, für Wahrung der Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmer einzutreten.

Nach § 81 müssen die vom Arbeiterrat oder vom Angestelltenrat mit dem Unternehmer gemäß § 78 Ziffer 8 vorgesehene Richtlinien über Einstellung die Bestimmung enthalten, „daß die Einstellung eines Arbeitnehmers nicht von seiner politischen, militärischen, konfessionellen oder gewerkschaftlichen Betätigung, von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verbände abhängig gemacht werden darf.“ Nach § 84 endlich kann jeder Arbeitnehmer im Falle der Kündigung seitens des Arbeitgebers binnen fünf Tagen durch Anrufung des Arbeiter- oder Angestelltenrates u. a. einen Einspruch erheben, wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung, oder wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verband erfolgt ist. In allen diesen Fällen hat der Arbeiter- oder Angestelltenrat die Interessen des Kündigten gegenüber dem Arbeitgeber und wenn keine Einigung erfolgt, vor dem Schlichtungsausschuß zu vertreten.

Westlüt hierauf haben die Regierung und die Parteien des Landtages am 16. März 1920 feierlich erklärt. Die volle Koalitionsfreiheit ist Beamten, Arbeitern und Angestellten nach wie vor uneingeschränkt zugesichert, sie wird von der Regierung geschützt.

Sie nach müssen alle, die sich gleichwohl des Terrors oder Boykotts schuldig machen, die ganze Schwere der Gesetze zu fühlen bekommen. Es ist Sache der betroffenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Verstöße den zuständigen Behörden (Gewerbeaufsichtsämtern, Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften) zur Anzeige zu bringen. Diese Behörden werden angewiesen, gegen die ihnen bekannt werdenden Zuwiderhandlungen unmissverständlich einzuschreiten und den Bedrohten wirksame Hilfe zu gewähren.

Im übrigen gibt sich die Regierung der zuverlässigen Erwartung hin, daß die Arbeiterschaft, die sich die Koalitionsfreiheit schwer erkämpfen mußte, diese nun auch als ihr eigenes hohes Gut ansehen und aus sich selbst heraus sichern wird.

Folgen die Unterschriften aller bayerischen Minister. Nun soll den in ihrer Koalitionsfreiheit so oft Bedrohten endlich genügender Schutz zuteil werden. Wenn nun auch noch dieser einmütigen Stellungnahme des Gesamtministeriums die Bedrückungen christlich organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen durch fanatisierte freie Gewerkschaftler nicht aufhören sollten, dann werden sich unsere Mitglieder mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen müssen. In jedem einzelnen Fall von Terrorismus oder Boykott wenden sich unsere Mitglieder zweckmäßig unverzüglich unter genauer Angabe der Namen, des Ortes und des Datums des jeweiligen Terrorismusfalles an den nächsten erreichbaren Angestellten unseres Verbandes. Dieser hat die Verpflichtung, ebenfalls ohne jeden Verzug den zuständigen Behörden (Gewerbeaufsichtsbeamten, Polizeibehörden und Staatsanwaltschaft) Anzeige von dem Terrorismus- oder Boykottfall zu machen und gleichzeitig über den genauen Sachverhalt eines jeden Falles sofort an die Zentrale des Verbandes zu berichten.

Allgemeine Rundschau.

Die Deutsche Volksversicherung

hielt am 3. Juli d. J. ihre diesjährige Generalversammlung im Festsaal des preussischen Wohlfahrtsministeriums ab. Der erstattete Geschäftsbericht legte Zeugnis ab von der günstigen Entwicklung unseres gemeinnützigen Unternehmens.

Die Zahl der Versicherten bei der Deutschen Volksversicherung betrug am 31. Dezember 1919 insgesamt 229 247, zu denen im ersten halben Jahr des laufenden Geschäftsjahres 18 114 neu hinzugezogen sind. Die Gesamtversicherungssumme betrug am Ende des verfloßenen Jahres 71 349 000 M. gegen 48 126 000 M. im Vorjahre. Mitbin eine Steigerung um 23 223 000 M. Da im ersten Halbjahr 1920 der Versicherungsneuzugang 29 170 000 Mark betrug, sind 100 Millionen Mark Gesamtversicherungssumme überschritten.

Die Prämienentnahme erhöhte sich von 2 388 256,33 Mark in 1918 auf 2 801 536,95 M. im Berichtsjahr. Die Ausgaben für Schäden und Versicherungsfälle (Todesfälle, Aussteuer, Konfirmation und Kommunion usw.) betrugen 494 858,83 M. gegen 474 691,36 M. im Vorjahre.

Die Solidität unserer Deutschen Volksversicherung wird am treffendsten erkennbar an ihren Durchschnittsversicherungssummen der Einzelversicherungen. Die Durchschnittsversicherungssumme betrug 442 M. im Gründungsjahr 1913—1914, stieg auf 690 M. in 1918, in 1919 betrug sie bereits 1001 M. und stieg auf 1938 M. im Juni d. J.

Infolge des gesunkenen Geldwertes wurde, um den Ansprüchen der Zeit zu genügen, die Versicherungssumme von 2000 auf 5000 M. erhöht.

Die Verteilung der Kriegsterdelasse konnte auf Grund gesetzlicher Verordnung erst vom 18. Juni d. J. ab beginnen. Zur Verteilung kam der angesammelte Fonds in Höhe von 1 006 746,50 M. Beteiligt sind entsprechend der liberalen Bedingungen unserer Volksversicherung nicht nur die Erben der unmittelbar im Kriege Gestorbenen, sondern alle diejenigen, die bis zum 17. Mai dieses Jahres gestorben sind. Abschlagszahlungen waren bis Ende April 160 422,50 M. geleistet. Auf 5 M. Einzahlung wurden rund 40 M. ausbezahlt.

Mit diesem Geschäftsergebnis wird die soziale Bedeutung unserer Volksversicherung ins rechte Licht gerückt. Sie bildet einen festen Pol in der Unrast der Zeit, ist eine sichere Bürgschaft gegen die Wechselfälle des Lebens, hält die Versicherten durch ihren leisen Zwang zur Sparsamkeit von bedenklichen Schritten zurück und erzieht sie zu solider Wirtschaftlichkeit. Für die Familie der Weg zum Glück.

Wie auf der Generalversammlung mitgeteilt wurde, haben die Gewerkschaften (christliche und Nichtchristliche), Angestelltenverbände und konfessionellen Arbeitervereine die Gründung einer eigenen Feuerversicherung mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Mark und einem Organisationsfonds von 500 000 M. beschlossen. Dasselbe kommt in Geschäftsgemeinschaft mit der Deutschen Volksversicherung. Die „Deutsche Feuerversicherung“, so ist der Name der Neugründung, nimmt am 1. Oktober d. J. ihren Betrieb auf. Unsere Mitglieder haben alsdann die Möglichkeit, sich in ihrer eigenen Feuerversicherung zu versichern. Daß sie davon eifrigen Gebrauch machen werden, ist am so mehr anzunehmen, da jeder erzielte Gewinn in unsere Verbands- oder Vereinskasse zurückfließt.

Christlich nationale Arbeiterbewegung.

Der Land-, Forst- und Weinbergsarbeiterverband Deutschlands (Berlin SW 11, Deffauerstr. 15) sowie der Gewerkschaft der Feinarbeiterinnen Deutschlands (Ber-

lin W. 30, Nollendorferstr. 13/14) haben unlängst ihre Verbandstagung gehalten. Den ersteren Verbandstag leitete der Abgeordnete Behrens, letzteren die Abgeordnete Margarete Behm. Während der christliche Landarbeiterverband in einem geradezu ungeheuren Wachstum steht, hat der Feinarbeiterinnenverband recht unter der Ungunst der Zeit zu leiden, wie die gesamte Textilindustrie. Im ganzen aber geht es stark aufwärts in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Nicht leicht haben es die evangelischen Arbeitervereine, die bei ihrem Charakter als Gesinnungsvereine die Steuerkraft ihrer Mitglieder weit weniger anspannen können wie die Gewerkschaften und darum unter der Steuerlast besonders leiden. Man sollte in allen evangelischen Kreisen die Bedeutung dieser evangelischen Arbeitervereine würdigen und dazu helfen, daß sie endlich den älteren katholischen Arbeitervereinen an die Seite treten können, was äußeren Umfang und innere Durchbildung anbetrifft. Es wäre ein Verlust für unser gesamtes evangelisch-soziales Leben, wenn die evangelischen Arbeitervereine unter der Wirtschaftskrise weiter zu leiden hätten. Wer etwas dazu tut, ein bestehendes evangelisches Arbeitersekretariat zu stärken oder ein neues zu ermöglichen, tut ein gutes und nötiges Werk.

Denn in der Gegenwart gehört die Ueberbrückung der Standesunterschiede zu dem Notwendigsten. Mitunter hilft die harte Zeit selbst dazu; wie manche Frau des Mittelstandes muß heute ohne Dienstmädchen hart körperlich arbeiten. Wie mancher Student verdient sich in harter körperlicher Arbeit sein Brot. Und das hat die gute Seite, daß, wenn er's körperlich durchhält, er dadurch am eigenen Leibe spürt, wie es dem Arbeitsmann zu Mute ist. Wir dürfen nimmer davon weichen, den Gedanken der sozialen Versöhnung leuchten zu lassen, ohne ihn ist eine innere Wiedergeburt unmöglich.

D. theol. Reinhard Mumm, M. d. R.

Eine Einigung zwischen den Mitgliedern des Verbandes erwerbstätiger Frauen und Mädchen und den christlichen Gewerkschaften im Bezirk Eichsfeld

Ist erfolgt und zwar dahingehend, daß die ersteren zu den christlichen Gewerkschaften übergetreten sind. Auch die Bezirkssekretärin, Fräulein Wolkast, hat den Uebertritt mit vollzogen. Die Verhältnisse hatten sich in dem Bezirke in letzter Zeit so entwickelt, daß eine andere Lösung nicht möglich war. Damit ist im Bezirk Eichsfeld die restlose Einheit nach der gewerkschaftlichen Seite auch im katholischen Arbeiterinnenlager erreicht, jedenfalls zum Wohle der Arbeiterschaft wie der katholisch-sozialen Bestrebungen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Vorgänge im Eichsfelder Bezirk dazu mit beitragen würden, in der katholischen Arbeiterinnenbewegung Deutschlands die Verwirklichung der Einheitlichkeit in der Gewerkschaftsbewegung zu beschleunigen.

5. Verbandstag des deutschen Rad- und Motorfahrerverbandes „Concordia“, e. V., Sitz Bamberg.

Der auf christlich-vaterländischem Boden stehende Verband hielt vor kurzem in Bamberg seinen 5. Verbandstag, verbunden mit 10-jährigem Verbandsbestehen, ab. Während die Organisation im Jahre 1919 erst 7517 Mitglieder zählte, ist die Mitgliederzahl heute schon auf über 14 000 gestiegen. Die Verbandseinrichtungen und die Sitzungen des Verbandes wurden einer zeitgemäßen Uenderung unterzogen. Die „Concordia“ ist nunmehr in der Lage, allen Mitgliedern und Freunden des Radsports, wie keine zweite Organisation, neben günstiger Radfahrer-Unfall- und Haftpflichtversicherung, Sterbelasse, Rechtsschutz, Verbandsorgan auch weitere Vergünstigungen zu gewähren. Infolge der ständigen Ausbreitung hat der Verband ein eigenes Verbandshaus erworben. Im Mittelpunkt der Tagesordnung standen Vorträge über „zeitgemäße Agitation“ sowie über die „Deutsche Volksversicherung“. Ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften begrüßte den 5. Verbandstag und betonte, daß beide Organisationen für eine gemeinsame Weltanschauung kämpfen und Opfer bringen müssen. Die Wiederwahl der bisherigen Verbandsleitung erfolgte einstimmig. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Herr Stadtrat Joh. Haas von Bamberg, früher Sekretär der christlichen Gewerkschaften, gewählt. Mit dem Verbandstag war ein großes Radfahrersportfest der „Concordia“ verbunden, welches einen harmonischen Verlauf nahm. — Jedem Radfahrer und jeder Radfahrerin, insbesondere den Angehörigen unserer konfessionellen Vereine und der christlichen Gewerkschaften, ist der Anschluß an den deutschen Rad- und Motorfahrerverband „Concordia“ nur zu empfehlen. (Geschäftsstelle Bamberg, Ronnenbrücke 1. Agitationsmaterial ist von dieser Stelle in gewünschter Menge kostenlos erhältlich.)

Die „freien“ Gewerkschaften gegen die Pressefreiheit.

Daß die sog. „freien“ Gewerkschaften je nach dem örtlichen Milieu mehrheitssozialistisch, unabhängig, kommunistisch, ja sogar syndikalistisch verfaßt sind, wird auch halb die breite Öffentlichkeit begriffen haben. Die Gewerkschaftstaktik richtet sich nicht nach vernünftigen volkswirtschaftlichen Erwägungen, sondern nur danach, wie und wo man dem marxistischen Parteikarren Vorspanndienste leisten kann. Dort, wo sich die christliche Gewerkschaftsbewegung gegenüber den „Freien“ verhältnismäßig gut durchgesetzt hat, wird man die Folgen des revolutionären Wahnsinns nicht so spüren können. Anders aber in den Gewerben, wo die Organisationen auf christ-

